Augenzeugin berichtet über Madrider Prozesse S. 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 40 vom 4. Oktober 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Franco - Mörder Deutsche Monopole morden mit



Jose Luis Sanchez Bravo — Ramon Garcia Sanz — Jose Umberto Beana — Angel Otaegui Echevirria — Juan Paredes Manotas

Das Henkerregime Francos hat fünf revolutionäre Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit Spaniens ermordet. Im Kugelhagel der Mordkommandos der faschistischen Polizei starben die baskischen Patrioten Angel Otaegui und Juan Manot Paredes, es starben die Mitglieder der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) und der Kommunistischen Partei Spaniens /Marxisten-Leninisten, die Genossen Jose Humberto Baena, Ramon Garcia Sanz und Jose Luis Sanchez Bravo. Die fünf Genossen traten ihren Henkern in unbeugsamer revolutionärer Haltung gegenüber. Noch in der Nacht vor ihrer Ermordung, sangen die Genossen Ramon Garcia Sanz und Sanchez Bravo gemeinsam revolutionäre Lieder. Als die Henkersknechte Francos auf den baskischen Patrioten Juan Manot Paredes anlegten, rief er „Ich sterbe für das Vaterland! Es lebe das freie Baskenland!" Dann begann er die ersten Zeilen der baskischen Hymne zu singen, als ihn die Kugeln trafen.

Haß und Empörung herrscht in ganz Europa über die feigen und hinterhältigen Morde des Franco-Regimes an den fünf revolutionären Antifaschisten und Patrioten. Militante Demonstrationen, zertrümmerte Scheiben von Niederlassungen der spanischen Faschisten, von US- und westdeutschen Monopolen, Protestkundgebungen, Barrikaden in Paris, die spanischen Botschaften in Lissabon, den Haag und Ankara in Flammen, die spanische Botschaft in Bonn hermetisch abgeriegelt und bewacht vor dem Haß und der Empörung durch ein bis an die Zähne bewaffnetes Aufgebot der imperialistischen Armee und der Polizei. **Die spanischen Völker werden auf das neue Verbrechen des Franco-Regimes mit einer Verstärkung ihres Kampfes antworten, sie werden, unter der Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/ Marxisten-Leninisten und zusammengeschlossen in der FRAP, die Gewalt mit Gewalt beantworten.** Bereits am Abend des Mordtages muß die Tagesschau „Unruhe im Baskenland" melden. In San Sebastian demonstrieren 5000 Menschen, im Baskenland und in Madrid wird bereits gestreikt und in der Stadt Algorto demonstrierten 500 Menschen mit den Rufen „Mörder!"

Aber in dem weltweiten Chor des Protestes gibt es auch falsche Stimmen. **Die „Erschütterung", das „tiefe Bedauern" der Bonner Regierung über die Morde beispielsweise, ist eine widerwärtige, schmutzige Heuchelei!** Die Bonner Parteien und ihre Führer, von Helmut Kohl bis hin zu Willy Brandt die sich jetzt als Hüter der Menschheit und als Antifaschisten gebärden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der westdeutsche Imperialismus zu den Hintermännern der Henker in Madrid gehört. Das Franco-Regime kann überhaupt nur existieren, weil es Spanien an den Imperialismus und vor allem an den USA-Imperialismus verkauft hat. Neben diesem sind es die westdeutschen Imperialisten, die unter dem Schutz der Erschießungs- und Folterkommandos der frankistischen Diktatur das Volk ausplündern.

In der Nacht vor den Morden „intervenierte" z. B. der westdeutsche Präsident Scheel „in Abstimmung" mit der Bundesregierung gegen die Vollstreckung der Todesurteile. Derselbe Scheel aber hat 1971 im US-Hauptquartier in Heidelberg als Außenminister an einer Konferenz des „spanisch-amerikanischen Militärausschusses" teilgenommen, auf der der US-General Goodpaster befiehlt, wie die damalige große Streikbewegung niedergeschlagen werden soll. Es wird bekannt, daß „im Ernstfall" amerikanische Truppen aus der Bundesrepublik nach Spanien geflogen werden sollen. Von den zahlreichen gegenseitigen Staatsbesuchen, Ausdruck der herzlichen Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zum Regime Spaniens, sei hier nur der Urlaub des damaligen Bundeskanzlers Brandt in Spanien Neujahr 1973 und die Teilnahme eines Generalinspekteurs der Bundeswehr, des Generals Hildebrand im Mai dieses Jahres an der Militärparade in

Fortsetzung auf Seite 2

"UZ"-Pressefest in Düsseldorf

Ein Jahrmarkt des Volksbetrugs

Am 20. und 21. September fand in Düsseldorf auf den Rheinwiesen das Pressefest der „UZ", Zeitung der revisionistischen D„K"P, statt. Wochenlang zuvor schon hatte die „UZ" täglich in ihrer Ausgabe einen großen Rummel über billiges Bier, Pop- und Rock-Stars, die erwartet würden, eine russische Raumfahrerin, die Autogramme geben würde, usw. usf., veranstaltet. Die Rheinwiesen glichen jedem anderen Jahrmarkt der bürgerlichen Vergnügungsindustrie. Und so kamen die meisten der vielen Menschen, die die Rheinwiesen besuchten, zweifellos auch nicht wegen der UZ sondern wegen dieser oder jener Rockband, dieses oder jenes Sportlers oder auch wegen der verbilligten Spezialitäten aus allen Teilen des Landes, die von den Revisionisten dort verkauft wurden. Die „UZ", aber auch andere bürgerliche Zeitungen, jedoch schlugen mit ihren Meldungen „400000 auf dem Pressefest der ‚UZ' " alle diese Menschen praktisch auf die Seite der D„K"P-Sympathisanten.

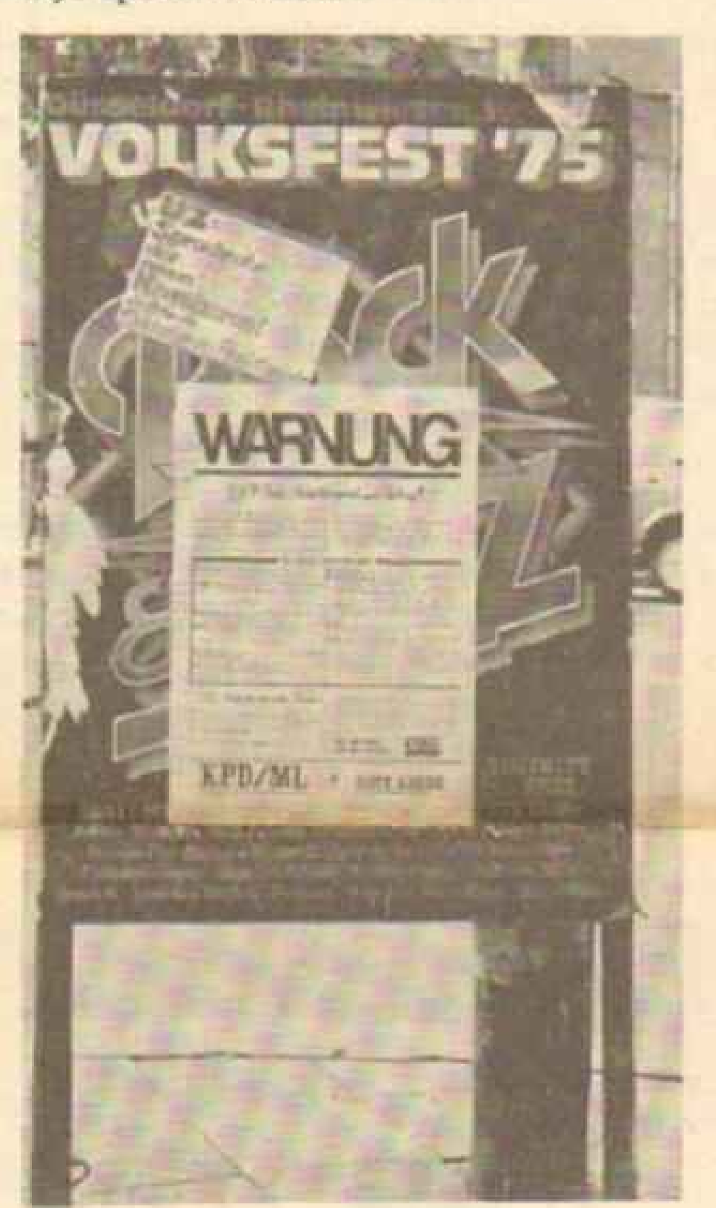


Bild: Auf die Plakate der D„K"P-Revisionisten, die mit der Schlagzeile „Rock& Jazz" für das UZ-Pressefest warben, klebten die Genossen der KPD/ML in Düsseldorf Plakate, die die Revisionisten als Feinde der Arbeiterklasse entlarvten.

Genau das aber entsprach auch der betrügerischen Absicht der D„K"P-Revisionisten mit Schlager- und Sportlerrummel und allem Drum und Dran, sich Sympathien zu erschleichen und ihre Politik des revisionistischen Verrats an den Mann zu bringen, für Preisstopp und Mitbestimmung als Wunderheilmittel für den Kapitalismus zu werben, mit ihrer Lüge vom friedlichen Weg gegen die Revolution zu hetzen, den Sozialfaschismus in der DDR und der Sowjetunion als Sozialismus zu preisen und mit ihrem Gerede von „Sicherheit und Entspannung" dem russischen Sozialimperialismus den Heiligenschein eines Friedensengels zu verleihen.

Fortsetzung auf Seite 12

Auf Kosten der Werktätigen der DDR

Honecker-Clique verschleudert Textilien

Nach der Leipziger Messe wurde durch die Presse in breiterem Rahmen bekannt, daß verschiedene revisionistische Länder, darunter die CSSR, Polen, Bulgarien und vor allem auch die DDR Textilien zu Schleuderpreisen an westdeutsche Kaufhaus- und Versandhauskonzerne verkaufen. So kommen aus der DDR z.B. Hemden für 65 Pfennig bis zu 4 DM, Herrenanzüge für 7 bis 12,50 DM. Bettwäsche, die nicht etwa im Stück, sondern gleich kiloweise verkauft wird, das Kilo zu 12 DM usw. usf.

Die revisionistische Honecker-Clique suchte das zwar sogleich zu dementieren, doch die Tatsachen sprechen für sich.

So werden zum Beispiel von einem Bochumer Schuhgeschäft Lederstiefel für 6 DM das Paar aus der DDR bezogen, die IKEA-Möbelhauskette verkauft Eichenborde aus der DDR zu 120 DM, die für die Werktätigen in der DDR nur für einen halben Monatslohn zu erschwingen sind. Ein Betriebsrat des Versandhauses Quelle berichtete uns, daß Quelle z. B. Langarmhemden für nur 98 Pfennig, Halbarmhemden für sogar nur 47 Pfennig und ein Anzugmodell für 9,90 DM das Stück in der DDR einkauft. Der gleiche Anzug aber wurde, wie der Betriebsrat versicherte, auf der Leipziger Messe für die Werktätigen der DDR zu 320 DM angeboten.

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Franco Mörder Deutsche Monopole morden mit

Fortsetzung von Seite 1

Madrid aus Anlaß des Sieges der Faschisten über die Republik erwähnt. Und erst vor vier Wochen war Bundesaußenminister Genscher in Madrid.

Ein „Verkehrsunfall", wie die Bundesregierung hinterher behauptete? Nein! Seit 1939 Hilters Bomben dem Mördergeneral Franco in den Sattel halfen, fließt das Blut der unterdrückten spanischen Völker auch für den Profit der deutschen Monopole. Den Bomben Hitlers folgte als Generalbevollmächtigter der „Deutschen Bank", Hermann Josef Abs, um die Ausplünderung der spanischen Völker durch das deutsche Finanzkapital zu organisieren. Die deutschen Imperialisten, die Finanziers des Hitlerfaschismus, die Krupp, die Siemens, die Herren der I. G. Farben und der Deutschen Bank, die den zweiten Weltkrieg anzettelten, hoben Franco in den Sattel. Sie sind dieselben geblieben – damals wie heute. Die Deutsche Bank, die neben ihrer eigenen Niederlassung noch drei spanische Großbanken kontrolliert, die I. G. Farben-Nachfolger, die Chemie-Monopole Bayer, Hoechst und BASF, Krupp, VW und Daimler-Benz – ihnen allen garantiert auch heute das Würgeeisen, die Garotte, die Erschießungspelotons, die Folter und Unterdrückung horrende Profite. Und auch heute ist es Hermann Josef Abs, der als Vertreter der Deutschen Bank, die Ausplünderung der spanischen Völker organisiert.

Massenarbeitslosigkeit, erzwungene Massenemigration, Elend, Hunger, Analphabetismus, überfüllte Gefängnisse, Gefolterte, Ermordete, die nach Hunderten und Tausenden zählen, das ist die Bilanz von 36 Jahren Herrschaft dieses Regimes von Gnaden des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus. **Dieses Regime versteht nur eine Sprache: die der revolutionären Gewalt des Volkes. Unter den Fahnen seiner Kommunistischen Partei, der KPSp/ML und der von ihr geführten FRAP hält das spanische Volk an dieser Wahrheit fest, daran ändern auch nichts die heuchlerischen Proteste der modernen Revisionisten der D„K"P, die in vollem Einklang mit dem Verräter Carrillo die Möglichkeit der Liberalisierung des Regimes, seine friedliche Demokratisierung predigen. Es ist der Freiheitskampf des spanischen Volkes, der das Regime bereits erschüttert hat und die Imperialisten in Sorge versetzt, so daß sie besorgt über die „politischen Folgen" der Todesurteile sprechen.**

Zwischen dem deutschen und dem spanischen Volk besteht eine große revolutionäre Freundschaft. Tausende von deutschen Antifaschisten und Kommunisten kämpften 1936 in den Reihen der Internationalen Brigaden für Spaniens Freiheit. Diese Tradition ist ungebrochen. Das haben nicht zuletzt die militanten Demonstrationen der letzten Tage und Wochen gezeigt. Die Mörder der spanischen Antifaschisten sitzen nicht nur in Madrid und Washington, sie sitzen



DEUTSCHE MONOPOLE PLÜNDERN DAS SPANISCHE VOLK AUS:

DEUTSCHE BANK:	Filiale in Madrid Kontrolle über drei spanische Großbanken mit einem Gesamtkapital von 1 Milliarde Pst.
BAYER:	Werke in Spanien, Kontrolle über mindestens fünf spanische Firmen mit einem Gesamtkapital von 1,7 Milliarden Pst.
KRUPP:	Fabrikationsanlagen in der spanisch besetzten Sahara
VW + MERCEDES:	Werke in Spanien
AEG-SIEMENS:	Werke in Spanien
BOSCH:	Werk in Madrid
usw., usw. . . .	

auch in Bonn, sie sitzen in den Zentralen der Deutschen Bank und der Monopole. Hermann Josef Abs gehört ebenso zu ihnen wie der „Herrenreiter" Neckermann. Auch an ihren Händen klebt das Blut der ermordeten Patrioten, unserer Genossen.

Über 30 Millionen Touristen schleusen die westdeutschen Touristikkonzerne jedes Jahr nach Spanien. In ihrem Besitz befinden sich bereits weite Küstenstrecken des Landes. Die Devisen, die sie dem Franco-Regime bringen, erhalten sie mehrfach zurück. Ihr Profit ist garantiert. Auch das DGB-Freizeitwerk beteiligt sich an dieser Form der Ausplünderung Spaniens, von Neckermann ganz zu schweigen. Und gleichzeitig versucht die Schlagerindustrie mit ihrem Gedudel von „Sonne, Meer, rotem Wein und schönen Frauen", die Werktätigen unseres Landes über die Wirklichkeit des faschistischen Regimes zu täuschen.

TOD DEM FASCHISMUS! NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

RACHE DEN MÖRDERN DER 5 SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN!

Bespitzelung soll ein neues Wyhl verhindern

Nachdem der Bundesgerichtshof den Zivilspitzeln der Polizei und der Geheimdienste mit seinem Urteil (s. a. RM 39/75) gerichtlich bestätigt hat, daß Spitzeln im Dienst der Bourgeoisie erlaubt und sogar notwendig ist, wurde folgender Fall bekannt:

Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die in Biblis eines der größten Atomkraftwerke der Welt gebaut und in Betrieb gesetzt haben, luden ein zu einer „Bürgerversammlung". Dort gab der Vertreter dieses staatlichen Konzerns bekannt, daß geplant ist, das Kraftwerk noch zu vergrößern. Dies stieß auf den entschiedenen Protest der anwesenden 6-700 Menschen aus Biblis und Umgebung, die zu der Versammlung gekommen waren. Die Einwohner von Biblis und Umgebung hatten schon von Anfang an gegen den Bau des Atomkraftwerkes gekämpft und es war der RWE und den Staatsbehörden nur mit betrügerischen Mitteln gelungen, den Bau durchzusetzen. Als jetzt der Erweiterungsbeschluß bekanntgegeben wurden, kam es, wie eine Zeitung schrieb, „zu heftigen Auseinandersetzungen" und viele Diskussionsredner protestierten.

Die Empörung der Besucher erreichte aber ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, daß die ganze Zeit über zivile Spitzel der Polizei im Saal gewesen sind, um Fotos zu machen. Aus Protest gegen diesen Vorfall verließen sofort 2/3 der Versammlungsteilnehmer den Saal. **Später wurde außerdem bekannt, daß sich zugleich in einem Nebenraum ca. vierzig uniformierte Polizisten zum Knüppeleinsatz bereithielten.** Dieser Vorfall hat beträchtliche Empörung im ganzen Land ausgelöst, so daß sich der hessische Innenminister Bielefeld, der den Spitzeleinsatz angeordnet hatte, zu einer Stellungnahme gezwungen sah und außerdem in der Fernsehsendung „Hessenschau" Stellung nehmen mußte.

Er gab dabei offen zu, daß die Spitzel es nicht hauptsächlich darauf abgesehen hatten, einzelne Menschen zu fotographieren, sondern, daß sie „Gesamtübersichten" angefertigt hätten. Mit anderen Worten, sie haben alle Besucher der Versammlung fotographiert, um sie in ihrer Kartei zu haben.

Bielefeld sagte auch klar, warum: Es dürfe nicht so kommen wie in Wyhl. Dort hat die Bevölkerung zur Gewalt gegriffen, um den Bau des Kernkraftwerkes zu verhindern. Die Bourgeoisie kann denen, die sie unterdrückt und ausbeutet, nicht trauen. Sie bespitzelt das Volk, um seinen gerechten Kampf zu unterdrücken. Sie enthüllt dabei aber gleichzeitig einer immer größeren Zahl von Menschen, daß die angebliche „Demokratie für alle" nichts anderes ist, als die Gewaltherrschaft der Bourgeoisie.

Investitionskontrolle? Neues Wort - alter Betrug

In den letzten Wochen haben verschiedene SPD-Bezirksparteitage Beschlüsse über eine staatliche Investitionslenkung und -kontrolle gefaßt. Innerhalb der SPD und zwischen den bürgerlichen Parteien, von der CDU/CSU bis hin zur D„K"P ist darum ein großer Wirbel gemacht worden, weil das angeblich wie die CDU behauptet, zum Sozialismus führen soll und die „freie Marktwirtschaft" durch die staatliche Planwirtschaft ersetzt werden soll.

In Wirklichkeit sind sowohl die Beschlüsse der SPD-Bezirksparteitage, wie auch der „Kampf" der CDU/CSU Betrug an der Arbeiterklasse. Sie haben den Zweck, angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren, den imperialistischen Staat als Retter in der Not hinzustellen, der angeblich die kapitalistische Wirtschaft planen kann. Die Jusos und die modernen Revisionisten der D„K"P behaupten, daß der Staat in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt werden kann, um friedlich zum Sozialismus zu gelangen. Das sind allesamt betrügerische Manöver der Bourgeoisie, um den Kapitalismus zu verteidigen. Ihnen liegt die Behauptung zugrunde, daß der heutige Staat angeblich über den Klassen steht.

Besonders abscheulich ist, daß die modernen Revisionisten der D„K"P diese Betrügereien unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus betrieben. Sie verfälschen die marxistisch-leninistische Lehre über den Staat vollständig und kommen der Bourgeoisie mit der Propagierung des „friedlichen Weges zum Sozialismus" zu Hilfe. So kämpfen sie gegen den einzigen Weg, auf dem sich die Arbeiterklasse befreien kann, den der proletarischen Revolution und der Zertrümmerung des imperialistischen Staates.

In der „UZ" schreiben sie: „*Wer, wo und wie investiert und in wessen Interesse die Kapitaloperationen vor sich geben, ist die Grundlage für alle Diskussionen und Vorschläge*", um dann die Investitionslenkung grundsätzlich zu befürworten, nur dürfe sie nicht nach dem Profitprinzip durchgeführt werden. Mit anderen Worten: Es gibt angeblich zwei verschiedene Arten der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft. Die Revolution ist überflüssig. Entscheidend soll sein, welche Klasse im politischen Kampf den größten Einfluß auf den Staatsapparat bekommt. Es ist also angeblich durchaus möglich, daß die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat in ihren Dienst stellt.

Die Predigten der modernen Revisionisten sind weder neu noch originell. Sie stützen sich darauf, daß die Rolle des bürgerlichen Staates im Leben der kapitalistischen Gesellschaft seit Lenins Zeiten unvergleichlich viel größer geworden ist, daß sich der bürgerliche Staat in großem Stil in die Wirtschaft einmischt, sich in seinen Händen ganze Wirtschaftszweige und riesige Betriebe konzentrieren, eine Unmenge von Wirtschafts- und Finanzgesetzen besteht, und auch die Finanzpolitik des Staates einen großen Einfluß auf die Wirtschaft nimmt. Dies alles erweckt den Eindruck einer Unabhängigkeit des Staates, während in Wirklichkeit der staatsmonopolistische Kapitalismus gerade darin besteht, daß sich die Monopole den Staatsapparat unterordnen um sich Maximalprofite zu sichern und die Allmacht des Finanzkapitals in jeder Hinsicht zu festigen, ohne die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln anzutasten.

Abgesehen von der Bundesbahn, dem Großteil der öffentlichen Nahverkehrsmittel, der Lufthansa und der Bundespost, befinden sich heute in der Hand des Staates: 80% der Elektroenergieerzeugung, über 70% der Aluminiumerzeugung, 50% der Eisenerzförderung, 90% der Braunkohleförderung und nach der Gründung der Ruhrkohle AG fast 100% der Steinkohlenförderung. In der Automobilindustrie ist durch den Zusammenschluß von Daimler-Benz, VW und Auto-Union ein einziger

Fortsetzung auf Seite 5

Kurz berichtet

BREMEN

Am 20.9. fand in Bremen eine Großveranstaltung der Partei zu den Bremer Bürgerschaftswahlen statt: „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!"

Rund 400 bis 500 Menschen waren in die Bremer Kongreßhalle gekommen. Gleich zu Anfang gab es nicht enden wollenden Beifall, als der Hamburger Spielmannszug in den Saal einmarschierte. Der Vertreter der Partei ging in seiner Rede auf die wachsende Kriegsgefahr ein. Er entlarvte die Lügen der bürgerlichen Parteien, die „Bremen zuliebe den Vorsprung sichern" (SPD) und „Kurs auf Sicherheit nehmen" (CDU) wollen.

Besonders übel ist jedoch die Rolle der D„K"P. Sie tritt besonders radikal auf (z. B. mit einer Strafanzeige wegen Mietwucher gegen den Senat) und will „Röpkepolitik" machen. Die Politik Röpkes ist allerdings bekannt. Er ist auf der Klöcknerhütte erster Betriebsratsvorsitzender und hat in letzter Zeit z. B. Kurzarbeit und Zwangsurlaub zugestimmt. Der Parteiredner zeigte dann auf, daß die Methoden der D„K"P nur dazu dienen, die Massen am Gängelband des Kapitalismus zu halten.

Die Alternative dazu ist, den Klassenkampf revolutionär zu führen, den Sozialismus auf dem einzig möglichen Weg, dem Weg der bewaffneten Revolution zu erkämpfen. Dabei unterstützt die Partei alle revolutionären Positionen, ohne zu verschweigen, daß die Führung des revolutionären Kampfes nur eine marxistisch-leninistische Partei haben kann. In Bremen heißt das, daß die Partei auf der einen Seite auffordert, die GRF (KPD) zu wählen, da die Partei sich nicht zur Wahl stellt, aber gleichzeitig sagt: „Kollege, kämpfe mit Deiner Partei, der KPD/ML!" Im Anschluß an den darauffolgenden Auftritt des Hamburger AP-Trupps sprach ein Genosse der GRF.

Den zweiten Schwerpunkt der Veranstaltung bildete die Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker und die Solidarität mit den zum Tode Verurteilten. Ein Rechtsanwalt, der bei zwei der Terrorprozesse dabei war, berichtete von der barbarischen Unterdrükkung der FRAP. Er erklärte unter großem Beifall: nicht die 11 würden sich fürchten, sondern das faschistische Terrorregime! Rufe wie „FRAP, FRAP, FRAP – guerra popular!" – „Vorwärts mit der PCE/ML!" und „Hoch die internationale Solidarität!" waren die Antwort der Versammelten. Einstimmig wurde auch eine Resolution gegen die Todesurteile beschlossen.

Mit einer Sammlung für die Partei bzw. deren Unkosten beim Wahlkampf und mit dem Gesang der „Internationale" schloß die Veranstaltung.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

"Internationalismus" nach "S"ED-Art

Spenden, damit die Prämie steigt

Im „Neuen Deutschland", der Zeitung der SED, aber auch in der „UZ", der Zeitung der D„K"P wird immer wieder hervorgehoben, daß in der DDR von vielen Betrieben oder Brigaden geschlossen für Chile, für Vietnam usw. gespendet wird, wenn die SED dazu aufgerufen hat. Diese Spendenbeträge dienen dann dazu, die DDR als einen Staat hinzustellen, dem die Unterstützung der anderen Völker und der proletarische Internationalismus über alles geht. Sieht man sich aber einmal an, wie diese Spenden zustandekommen, dann sieht die Sache schon anders aus.

Typisch ist folgende Begebenheit auf einer Gewerkschaftsversammlung in der DDR. Dort sollte der Arbeitsplan der Brigade beschlossen und außerdem einer „von oben" angeregten Spendenerhöhung durch die Kollegen zugestimmt werden. Nicht wenige Arbeiter waren dagegen. „Die wissen, wo das Geld sitzt." – „Ich lasse mir mein sauerverdientes Geld nicht wegnehmen!" – Solche und ähnliche Äußerungen fielen. Ein Arbeiter vertrat diesen Standpunkt offen. Der anwesende Abteilungsleiter verwies in seiner Antwort darauf – und nur darauf –, daß sich die Spendenerhöhung positiv auf die Wettbewerbsabrechnung und damit auf die Wettbewerbsprämie für die Arbeiter auswirken würde. Zum Schluß hieß es an die Adresse der Arbeiter: „Sie sind doch bei uns noch nie schlecht gefahren."

Ein Einzelfall? Nein. Der Hinweis des Abteilungsleiters auf die Wettbewerbsabrechnung ist kein Hinweis auf eine Regelung durch einen besonders korrumpierten Funktionär. Es ist allgemein so, daß bestimmte Prämien unter anderem auch nach der geleisteten „gesellschaftlichen Arbeit" vergeben werden. Und zu dieser „gesellschaftlichen Arbeit" gehört auch die Spendentätigkeit.

Die Spenden, auf die die modernen Revisionisten stolz verweisen, werden also nicht freiwillig, aus Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker usw. gegeben. Sie sind Teil des Tributs, den das Regime in der DDR von den Werktätigen fordert und werden auch genauso eingetrieben. Die Vorbilder für solche Art Spenden sind bekannt. Wer erinnert sich nicht an die Wachsblumen für das „Müttergenesungswerk", die früher jedes Kind in der Bundesrepublik in der Schule kaufen mußte? Wer erinnert sich nicht an die immer neuen Spenden, die die Hitlerfaschisten sich ausdachten, um den Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen?

Genauso wie diejenigen Recht hatten, die sich weigerten, in die Spendentöpfe der Imperialisten Geld zu werfen, ist es auch berechtigt, die Spendenaktionen der DDR-Revisionisten zu boykottieren. Denn diese Gelder, von denen ein guter Teil in die Kassen der revisionistischen Parteien fließt, haben ebenfalls nur den Zweck, die Revisionisten mit den sowjetischen Revisionisten an der Spitze im Kampf gegen die unterdrückten Völker zu stärken.

Auf Kosten der Werktätigen der DDR: Honecker-Clique verschleudert Textilien

Fortsetzung von Seite 1

Hemden für Pfennige, Anzüge für ein paar Mark aus Polen, Bulgarien und der DDR? Viele Menschen wissen noch vom Urlaub in diesen Ländern aus eigener Erfahrung, daß ihnen dort Schwarzmarkthändler die Hemden am liebsten sogar noch vom Leibe weg kaufen wollten, für nicht weniger als 20, 30 oder 40 DM. Oder auch daß dort die Menschen oft vor den Läden Schlange standden, um dies oder jenes zu Höchstpreisen überhaupt ergattern zu können. Wie erklärt sich das mit den Unmengen Hemden, die nach Westdeutschland für ein paar Pfennige geliefert werden?

Wenn es sich bei den Hemden von 65 Pfennig und den Anzügen für 7 DM auch um Dumpingpreise handelt, um Preise, die teilweise unter dem Herstellungspreis liegen, um den DDR-Anteil am westdeutschen Textilmarkt zu steigern, so wird dennoch eines offensichtlich: **Die Wirtschaft Polens, Bulgariens und der DDR wäre von den Produktionsanlagen her sehr wohl in der Lage, in ausreichender Menge zu niedrigen Preisen zu produzieren. Und doch kostet ein Anzug dort 320 DM, der zugleich nach Westdeutschland in Unmengen zu 9,90 DM verschleudert wird. Das zeigt klar, daß in der DDR genauso wie in den kapitalistischen Ländern des Westens nicht für die Bevölkerung produziert, sondern für die Geschäfte der Bourgeoisie, daß sich hinter dem angeblichen „Sozialismus" der revisionistischen Honecker-Clique in der DDR ein volksfeindliches Regime verbirgt, das die Arbeiterklasse nach Strich und Faden ausbeutet.**

Dies vor der Bevölkerung zu verbergen, ist auch der Grund, warum von der revisionistischen Honecker-Clique die Preise für Textilien, die nach Westdeutschland gehen, so lauthals dementiert wurden.

Dennoch stellt sich die Frage, warum die DDR-Revisionisten zu diesen Preisen nach Deutschland liefern. Der Grund ist der, daß die Verschuldung der DDR, wie der anderen revisionistischen Länder, bei den westdeutschen Imperialisten außerordentlich hoch ist. **Durch die ständige Ausplünderung durch den russischen Sozialimperialismus, der diese Länder durch seine aufdiktierten Verträge zwingt, unter Weltmarktpreisen vor allem Maschinen und Industrieanlagen in die Sowjetunion zu liefern, sind diese Länder gezwungen, einen großen Teil ihres Bedarfs an Maschinen und Produktionsanlagen, sich in den westeuropäischen Ländern zu beschaffen. Daher sind die revisionistischen Länder wie die DDR, Bulgarien, Polen usw. geradezu angewiesen auf westliche Devisen, um diese Schulden zahlen zu können. Darum verschleudern sie zu Spottpreisen in den Westen die Textilien, die die Arbeiter im Schweiße ihres Angesichts haben schaffen müssen. Denn um die Textilien auf dem westdeutschen Markt absetzen zu können, müssen andere Konkurrenten, wie zum Beispiel das Tschiang-Kai-Tschek-Regime, das durch die blutige Ausbeutung seiner Arbeiter zu Billigstpreisen liefert, sogar noch unterboten werden. Für die Arbeiterklasse in der DDR bedeutet das, daß sie nicht nur auf ihre Kosten die Maschinen an die russischen Sozialimperialisten zu liefern hat, sondern auch noch die Verschuldung im Westen für ihre Herren erarbeiten muß.**

Die Textilgeschäfte der DDR mit den westdeutschen Imperialisten beleuchten aber auch noch eine andere Tatsache, nämlich die Behauptung der D„K"P-Revisionisten, daß Ostverträge die Arbeitsplätze sichern würden. Haben die Dumpingpreise der DDR für ihre Textilien erst dazu geführt, daß die Textilkapitalisten in unserem Land die Arbeiter noch mehr ausbeuteten, um im Warenpreis Konkurrenz halten zu können, so brachte den westdeutschen Textilkapitalisten das schließlich doch zu wenig Profit und sie machten die Betriebe dicht, um ihr Kapital in profitträchtigeren Branchen anzulegen. Doch die Arbeiter dieser Betriebe? 170 000 Arbeiter wurden auf die Straße gesetzt.

Ostverträge sichern Arbeitsplätze? Die Ost-Westgeschäfte, die Verträge zwischen der revisionistischen Honecker-Clique und den westdeutschen Imperialisten nutzen weder der Arbeiterklasse in Westdeutschland noch in der DDR. Sie dienen allein den Herren in Ostberlin, in Moskau und in Bonn.

Bei Einreise in die DDR

Text der Internationale beschlagnahmt

Ein Bekannter berichtete mit kürzlich von einer Reise in die DDR zu Verwandten und Bekannten folgendes Erlebnis:

„Bei der Einreise in die DDR mit dem Zug wurde von DDR-Grenzbeamten mein ganzes Gepäck kontrolliert. Ich saß allein in einem Abteil. Wenn mehrere Leute in einem Abteil sitzen, kontrollieren sie nicht so gern, weil das wahrscheinlich einen „schlechten Eindruck" von der DDR macht.

In meinem Reisegepäck fanden sie einen „ROTEN MORGEN", den sie sofort beschlagnahmten mit den Worten: ‚Das wird bei uns nicht gelesen!'

Da ich gern fortschrittliche deutsche Volkslieder spiele und singe, habe ich zusammen mit meiner Gitarre einige handgeschriebene Liedtexte mitgenommen. Diese deutschen Volkslieder, darunter eines: ‚Du König von Preußen', das sich gegen den preussischen Militarismus richtet, und ein Lied aus dem 16. Jahrhundet wurden ebenfalls beschlagnahmt mit den Worten: ‚Solche Lieder sind bei uns nicht üblich.' Des weiteren beschlagnahmten sie – man höre und staune – den Text der „Internationale", des Kampfliedes der Arbeiter aller Länder. Hier taten sie sich etwas schwerer mit der Begründung. Es hieß: ‚Wir singen in der DDR eine ganz andere Fassung der Internationale, die kannst du dir in Geschäften besorgen.' Während meines Aufenthalts in der DDR habe ich jedoch diese ‚andere Fassung' vergeblich in Geschäften gesucht. Andere Erlebnisse bestätigten mir später, daß dieser Vorfall kein „Ausrutscher" einiger vereinzelter „übereifriger" Grenzbeamter der DDR war, sondern daß dies ein Ausdruck des heute in der DDR herrschenden Systems ist."

Ich möchte diesem Bericht nur die Worte des großen Lenin über die „Internationale" hinzufügen: „*Es gibt keinen Polizeierlaß, der imstande wäre, in allen großen Städten der Welt, in allen Industriestädten und immer häufiger auch in den Hütten der landwirtschaftlichen Tagelöhner das Solidaritätslied der Proletarier über die nahe Befreiung der Menschheit von der Sklaverei der Lohnarbeit zu verbieten.*"

Aus aller Welt

GUINEA BISSAO

Am 13. September erreichte ein chinesisches Schiff mit einer Ladung von 2000 t Reis Guinea Bissao. Auf einer Feier an Bord übergab ein Vertreter der chinesischen Botschaft in Guinea Bissao, die Ladung, die für das Volk von Guinea Bissao bestimmt ist. Beide Seiten bekräftigen, die Freundschaft und Zusammenarbeit zu festigen und weiter zu entwickeln.

VIETNAM

Die Nachrichtenagentur VNA berichtet, daß das Mitglied des Politbüros des ZK der Werktätigen Vietnams und stellvertretender Ministerpräsident der Demokratischen Republik, Nguyen Duy Trinh, die Delegation der Partei und der Regierung der Volksrepublik Albanien unter Leitung des Mitgliedes des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und Finanzminister Lefter Gogo empfing und eine herzliche Unterredung mit ihr hatte. Der Empfang verlief in einer Atmosphäre der Solidarität und der brüderlichen Freundschaft.

VIETNAM

Nach längeren Verhandlungen, die in Paris stattfanden, haben die Deutsche Bundesrepublik und die Demokratische Republik Vietnam diplomatische Beziehungen aufgenommen. Das ist ein hervorragender Sieg für das vietnamesische Volk, ein Erfolg aber auch für das deutsche Volk, dessen beste Kräfte stets konsequent den heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes wie aller indochinesischen Völker für seine Freiheit und Unabhängigkeit unterstützt haben.

PAPUA NEUGUINEA

In der Nacht zum 16. September wurde in Papua Neuguinea die australische Fahne eingeholt, die australische Kolonialherrschaft über das Land beendet. In einer Erklärung im Radio rief die neue Regierung eine Minute nach Mitternacht die Unabhängigkeit von Papua Neuguinea aus. Überall im Land fanden Feierlichkeiten statt, viele Tausende Menschen feierten begeistert auf den Straßen die gewonnene Unabhängigkeit des Landes.

PANAMA

Wie Nachrichtenagenturen berichten, versammelte sich in Panama vor der US-Botschaft eine wütende Menschenmenge und bewarf die Botschaft mit Steinen. Anlaß war die Ankündigung des US-Außenministers Kissinger, die USA würden möglicherweise auch in Zukunft die alleinige Kontrolle über den Panama-Kanal behalten. Der Kanal, der zum Territorium Panamas gehört, hat als Verbindung zwischen Atlantischem und Pazifischem Ozean wichtige strategische Bedeutung.

THAILAND

Dem reaktionären Regime in Thailand wurde ein schwerer Schlag versetzt. Das Präsidium der Sicherheitspolizei in Bankog teilte mit, daß am 20. September sechs Polizisten getötet und 13 verletzt wurden. Ein gepanzerter Wagen der reaktionären Polizeitruppen sei auf eine von revolutionären Kräften gelegte Mine gefahren. Nach der Explosion des Fahrzeuges sei auf die flüchtenden Polizisten das Feuer eröffnet worden.

LAOS

Der erste Schub graduierter Studenten hat jetzt die zentrale Schule für technisches Bauwesen der Laotischen Patriotischen Front in Viengsay verlassen. Die jungen Studenten, die in den drei Sektionen der Schule – Straßen- und Brückenbau, Transportwesen und Mechanisierung des Transportwesens – ausgebildet worden sind, gehen jetzt dahin, wo das Land sie braucht, um – wie sie selbst erklärten – ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, die Wunden des Krieges zu heilen und beim Aufbau ihres Vaterlandes zu helfen.

VR CHINA

Mit 591 Ringen hat die chinesische Pistolenschützin Li Ya-min während der 3. nationalen Wettkämpfe der Volksbefreiungsarmee einen neuen Weltrekord in der Kleinkaliberstandardpistole aufgestellt. Den alten Weltrekord, der bisher von Nina Stoljarowa aus der Sowjetunion mit 587 Ringen gehalten wurde, übertraf auch Tung Hsiang-yi mit 588 Ringen.

VR CHINA

Gemäß dem beiderseitigen Austausch-Programm zwischen der VR China und den USA war für 1975 vorgesehen, daß eine Delegation von Bürgermeistern aus den USA die VR China besucht. Wie die Nachrichtenagentur Hsinhua kürzlich berichtete, haben die US-Imperialisten diesen Besuch zum Scheitern gebracht. Als die chinesische Seite die offizielle Mitgliederliste der Delegation zu sehen bekam, entdeckte sie darunter auch einen Bürgermeister von San Juan aus Puerto Rico. Daraufhin wandten sich die chinesischen Genossen mit Konsultationen an die amerikanische Seite und erklärten, daß es angesichts der besonderen Situation auf Puerto Rico wohl unabgebracht sei, daß der Bürgermeister von San Juan an einer Delegation von US-Bürgermeistern teilnähme.

Denn Puerto Rico ist nichts weiter als eine von den US-Imperialisten annektierte Kolonie und wurde gegen den Widerstand des Volkes von Puerto Rico zu einem „Staat" der Vereinigten Staaten gemacht. Gerade in letzter Zeit hat das Volk von Puerto Rico seinen Kampf gegen die US-imperialistische Herrschaft energisch verstärkt. Mit der Eingliederung des Bürgermeisters von San Juan in die Delegation versuchten die US-Imperialisten also die VR China für ihre Politik gegenüber Puerto Rico auszunutzen.

Die US-Imperialisten aber halten bisher provokativ an ihrer Delegationsauswahl fest und behaupten frech, China wolle sich bei der Zusammenstellung der Delegation einmischen. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Wenn von einer Seite verlangt wird, daß die andere jede Kandidatenliste zu akzeptieren hat, wer immer sich darauf befindet, heißt das, daß die eine der anderen ihren Willen aufzwingt. Das aber widerspricht von Grund auf dem Geist des Shanghaier Abkommens, daß die USA gemeinsam mit der VR China unterzeichnet haben.

NORWEGEN

Nach ihrem jüngsten Treffen veröffentlichten die Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten und der Kommunistische Einheitsbund Islands/Marxisten-Leninisten eine gemeinsame Erklärung. Darin heißt es, daß die beiden Bruderparteien eng durch eine Reihe gemeinsamer Kämpfe verbunden sind, „wie zum Beispiel der Kampf gegen die zunehmende militärische Tätigkeit der beiden Supermächte in der Nähe der Gewässer, die die Küsten unserer Länder umspülen, ferner den für den Großteil der Bevölkerung unserer Länder lebenswichtigen Kampf um die Grenzen der Fischfangzonen auszudehnen und die Naturreichtümer zu verteidigen."



Unter anderem heißt es: „Der amerikanische Imperialismus versucht, seine wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in Island und Norwegen zu festigen. Gleichzeitig plündert die Sowjetunion, ohne die Rechte der nordeuropäischen Länder an den Fischvorkommen in ihren Gebieten zu berücksichtigen, die Fischreichtümer dieser Länder aus." Die marxistisch-leninistischen Organisationen Norwegens und Islands rufen das norwegische und isländische und alle Völker der Welt auf, ihre Solidarität im Kampf gegen die Hegemoniepolitik und die Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus zu verstärken.

NORWEGEN

Wie die Zeitung „Klassekampen", Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens, Marxisten-Leninisten, mitteilt, wird die Zeitung, die jetzt wöchentlich herausgegeben wird, ab Januar 1976 zweimal die Woche erscheinen. Die gegenwärtige Kampagne, die von der Partei zur Stärkung des Zentralorgans durchgeführt wird, ist bisher außerordentlich erfolgreich verlaufen. Über 2500 neue Abonnenten wurden gewonnen und auch der öffentliche Verkauf ist erheblich gesteigert worden.

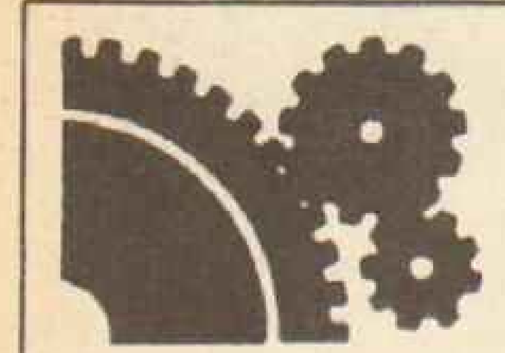
ZIMBABWE

Der Volkskrieg gegen das rassistische Smith-Regime schreitet ständig voran. Durch die täglichen Aktionen der Patrioten hat der Feind immer größere Verluste und Sachschäden zu verbuchen. Als Folge mehrerer Aktionen der Patrioten im nordöstlichen Zimbabwe wurden etwa 80 Soldaten des rassistischen Regimes Rhodesiens aufgerieben.

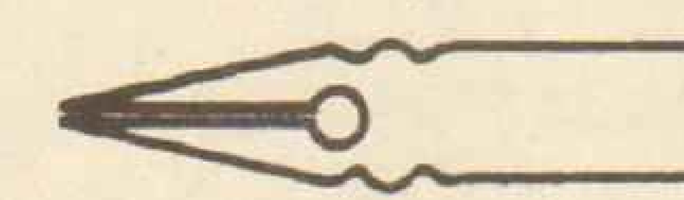
OMAN

In den letzten zwei Monaten haben die Volksstreitkräfte über 200 Söldner des reaktionären Kabusregimes außer Gefecht gesetzt, nicht eingeschlossen die britischen und jordanischen Truppen, die sich an der Unterdrückung der revolutionären Kräfte beteiligen. Unvollständigen Angaben zufolge sprengten die Patrioten 20 Militärfahrzeuge des Feindes, in vielen Fällen zusammen mit den Soldaten und den Militärausrüstungen, die sie transportierten, in die Luft. Die Artilleristen der Patrioten schossen außerdem einige britische Flugzeuge, einschließlich Hubschraubern ab.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

"Der Alte wurde immer kleiner"

Wir spürten schon seit einiger Zeit, daß der Druck von oben stärker wurde. Der Vorarbeiter. wurde unruhig, verzog sich nicht mehr so oft in seine Bude, er ließ sich mehr sehen und arbeitete sogar selber mit. Manchmal nörgelte er herum, wir würden zu lange Pausen machen, zu oft herumstehen und zu wenig arbeiten.

Obwohl Kurzarbeit verfahren wird, arbeiten wir mehr als früher. Wir machen jetzt in vier Tagen mehr als sonst in fünf. Aber den Herren dort oben in der Betriebsleitung war das noch zu wenig. Schließlich herrscht jetzt die Krise im Stahlsektor und überhaupt in der Wirtschaft und da muß aus den Arbeitern herausgeholt werden, was drin ist. Also holten sie zum Schlag aus. Der Vorarbeiter bekam einen schriftlichen Verweis, in dem seine Führungsqualitäten angezweifelt wurden, weil er uns unter anderem nicht genügend zur Arbeit angehalten habe, und wir überhaupt viel zu viel herumstünden. Beweisen konnten die Herren diese dreisten Behauptungen natürlich nicht. Der Gipfel war jedoch, daß wir nun bis 14 Uhr, also bis Schichtende voll arbeiten sollten. Würde das nicht geschehen, würde man uns Zeit abziehen. Normalerweise gehen w.r immer ca. 15-20 Minuten eher in die Kaue zum Duschen.

Wir sind wenig Kollegen in einer kleinen Abteilung des Stahlriesen Thyssen und wir waren uns schnell einig. Man hat einen Angriff auf uns vor, den müssen wir zurückschlagen. Wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen. Daß wir etwas langsamer arbeiten mußten war uns schon seit ein paar Tagen klar. Denn sonst würde es ja heißen: „Sehen Sie, die Leute stehen ja doch nur herum und können doch mehr leisten. Man muß sie nur . . ." Selbstverständlich machten wir früher als 14 Uhr Feierabend und beschlossen, uns am nächsten Tag über diesen Punkt mit dem Betriebsleiter zu unterhalten. Als dann der Alte am anderen Tag kam, bekam er reichlich Druck von uns allen, einschließlich Vorarbeiter. Wir machten ihm klar, daß wir mit der Arbeitszeit bis Punkt 14 Uhr überhaupt nicht einverstanden seien. Wir würden die Arbeitszeit wie bisher einhalten. Dabei pochten wir auf unser Gewohnheitsrecht. Wird uns die Zeit abgezogen, arbeiten wir nur noch nach den Vorschriften der Unfallverhütung, was einen wesentlich langsameren Ablauf der Arbeit zur Folge hätte. Dann würden wir uns auch weigern, ebenfalls nach 14 Uhr länger zu bleiben und einen LKW zu beladen. Der Alte wurde immer kleiner. Nachdem wir ihm unseren Standpunkt klar gemacht hatten, gingen wir an unsere Arbeit. Vorher mußte er uns noch die Zusage geben, einige Reparaturen in der Halle in die Wege zu leiten, durch die die Unfallgefahr verringert würde.

Ich habe die Zeilen geschrieben, um ein kleines Beispiel aufzuzeigen, wie man sich wehren kann. Denn machen wir uns nichts vor: Die Unterdrückung wird immer stärker werden und die Ausbeutung immer schärfer. Und das dürfen wir uns auf keinen Fall bieten lassen. Wir müssen wachsam bleiben und kämpfen.

Ein Kollege aus Oberhausen

Arzt vergißt Krankmeldung-Kollege entlassen

Mein Schwager arbeitete bis vor kurzem als KFZ-Schlosser in einer kleinen Reparaturwerkstatt. Wie gesagt, bis vor kurzem, denn es passierte ein ungeheuerliches Ding. Er wurde fristlos gekündigt und das, was nun kommt, hört sich unwahrscheinlich an.

Weil er krank war, ging er zum Arzt, der Arzt schrieb ihn auch krank und wollte die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung direkt abschicken.

Nun ja, er ging nach Hause und packte sich ins Bett. Nach drei Tagen flog ihm die Kündigung ins Haus – wegen unentschuldigten Fehlens. Zuerst wußte er gar nicht was los ist, dann rief er beim Arzt an. Man sollte es nicht für möglich halten, der hatte vergessen die Krankmeldung abzuschicken. Man muß sich mal vorstellen – der Arzt hat es vergessen und er wird fristlos entlassen. Auch als er im Betrieb anrief und hinging um klarzustellen, daß dies nicht seine Schuld war, wurde er von dem Kapitalisten einfach abgewimmelt. Die haben jetzt für ihn schon eine billigere Arbeitskraft, nämlich einen Lehrling eingestellt.

Mein Schwager versucht nun durch einen Prozeß wieder eingestellt zu werden. Aber wenn man sich vorstellt, erst schuftet er bis zum geht nicht mehr und dann wird er durch eine Schlamperei eines Arztes und der Ausnutzung der kapitalistischen Gesetze auf die Straße gesetzt. Nach der Devise: Arbeitslose gibt es ja genug.

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen

Almosen von Henry Ford II

„Ford schenkt seinen Arbeitern 10 Millionen DM", „Jubiläumswohltat" von Henry Ford dem II., verbreiteten die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse. Am 16. 10. wird Ford nach Köln kommen und gemeinsam mit Friedrichs (Wirtschaftsminister) in der Mühlheimer Stadthalle vor der Prominenz aus aller Welt aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Fordwerke in Deutschland sprechen. 10 Millionen DM, das hört sich viel an aber was bleibt dem einzelnen Kollegen davon? Der Kollege, der drei Jahre seine Knochen für Ford hingehalten hat, bekommt gerade 50 DM, bis zu 5 Jahren Betriebszugehörigkeit bekommt man 80 DM und bis zu 10 Jahren 100 DM, für jedes weitere Jahr 10 DM. Das ist ein glatter Hohn, nichts als ein Almosen. „Dafür sollen wir 5, 10 oder 15 Jahre gearbeitet haben?", sagten viele meiner Kollegen. Wir haben dem Ford das Werk dahin gesetzt, durch unsere Arbeit hat er jedes Jahr Hunderte Millionen Profite gescheffelt, da sind seine paar Mark nichts als eine Erniedrigung.

Am 22. hatten wir nun Belegschaftsversammlung. Natürlich war das Jubiläum eines der Hauptthemen. Personaldirektor Bergmann versuchte nun diese Almosen anzupreisen. Es gehe zwar etwas bergauf, aber die alten Zeiten kämen nicht wieder und man müsse deshalb auch den Gürtel enger schnallen. Deshalb sei diese Prämie das Äußerste. Trotz der unsicheren Lage habe man sich durchgerungen, überhaupt eine Prämie zu zahlen. Mehr sei aber absolut unmöglich, jammerte er. Während er früher noch ein bischen Beifall erhielt, klatschte diesmal keiner. Viele Kollegen lachten über dieses Geschwätz. Auch der Betriebsrat malte die Zukunft in rosigen Farben. Die Begründung lieferte dafür der Sekretär der Ortsverwaltung der IGM, Schwarting. Er behauptete die Konjunktur sei in Zukunft ja gar nicht so schlecht, denn es gebe ja auch noch Absatzmärkte in der 3. Welt, und KHD führte er als Beispiel für den regen Osthandel an, denn KHD liefert ja LKW's an die UdSSR. Damit hat er uns wieder gezeigt, daß die Gewerkschaftsbonzen genauso denken und handeln wie die Kapitalisten. Als er dann aber auf die Tarifrunde zu sprechen kam, da jammerte er über die augenblicklich so schlechte Lage, die zwar in Zukunft besser werden würde, aber man müsse diese jetzige Lage bei den Lohnforderungen berücksichtigen. Da sei außer einem Inflationsausgleich nichts drin. Also Lohnraub kann ich da nur sagen. Die Kollegen waren darüber auch empört. Die Gewerkschaftsbonzen und die Kapitalisten sind ein Pack, das haben viele Kollegen in dieser Versammlung wieder erfahren.

Rot Front! Ein Genosse aus Köln

"Säuberungswelle bei KHD"

7 revolutionäre Kollegen entlassen

Bei KHD in Köln ist seit einigen Wochen eine regelrechte Säuberungswelle im Gange. Nach den Betriebsratswahlen sind jetzt schon 7 Kommunisten und revolutionäre Kollegen aus politischen Gründen entlassen worden. Darunter die gesamte Liste oppositioneller Gewerkschafter, die sich auch zur Betriebsratswahl gestellt hatte. Letzte Woche wurden drei der sieben Kollegen entlassen, einer aus Halle 100 und zwei aus dem Großmotorenbau.

Gleich nach der Betriebsratswahl, die ein großer Erfolg für die KHD-Arbeiter war und ein Schock für die KHD-Kapitalisten und den Gewerkschaftsapparat, setzte die Entlassungswelle gegen revolutionäre Arbeiter ein. Monika Lang, Rote Betriebsrätin wurde als erste entlassen, Betriebsrat und Geschäftsleitung warteten nur auf eine günstige Gelegenheit um zuzuschlagen. Doch mit der Entlassung hörte die Bewegung im Betrieb nicht auf. Ausländische Arbeiter, denen sich auch deutsche angeschlossen hatten, kämpften gemeinsam gegen unverschämte Mieterhöhungen im Ausländerwohnheim. Sie sammelten Unterschriften, marschierten zur Geschäftsleitung und brachten entschlossen ihre Forderungen vor. Die Kapitalisten reagierten mit Terror, sie wollten, daß die Kollegen sich gegenseitig denunzieren, doch damit hatten sie keinen Erfolg. Zwei Kollegen, die sich an dieser Aktion beteiligten, Klaus Müller und Uwe Carstens schmissen sie sofort aus dem Betrieb. Eine Woche später bereits wurden die nächsten fortschrittlichen Kollegen entlassen. Wilhelm Feltz, weil er ein Flugblatt der oppositionellen Gewerkschaftsliste unterzeichnet hat und der Kollege Recklebe, weil er angeblich bei der Einstellung falsche Angaben gemacht haben soll. Und letzte Woche die anderen drei Kollegen.

Mit dieser Entlassungs- und Säuberungswelle hoffen die KHD-Kapitalisten Ruhe im Betrieb zu schaffen. Sie erhoffen sich eines Tages auch die anderen Roten Betriebsräte zu entlassen, denn dadurch, daß die Rote Liste gewählt wurde, haben sie natürlich größere Schwierigkeiten ihren Betriebsrat gegen die Kollegen einzusetzen. Die Roten Betriebsräte berichten über die Zusammenarbeit der DGB-Betriebsräte mit den Kapitalisten, über ihr Vorhaben, Werksteile stillzulegen, Kollegen umzubesetzen usw. Gerade jetzt, wo der Großmotorenbau in Köln stillgelegt werden soll und nach Voerde verlegt werden soll!, Umbesetzungen usw. geplant sind und die Tarifrunde bevorsteht, wollen die KHD-Kapitalisten und DGB-Betriebsräte verhindern, daß die Arbeiter sich zur Wehr setzen. Die KHD-Kapitalisten und DGB-Betriebsräte glauben mit den Entlassungen Angst und Einschüchterung zu säen. Niemand soll sich wehren, niemand soll den Mund aufmachen, das wünschen sie sich. Einer der Betriebsräte sagte ganz klar: „Wir wollen keine Zustände wie bei Ford". Diese Betriebsräte haben natürlich eifrig mitgeholfen, Lügenmärchen zu erfinden um die Entlassungen zu rechtfertigen. Doch die Kollegen werden sich diese Angriffe nicht so einfach bieten lassen, denn diese Entlassungen betreffen sie selbst und ihre Arbeitsplätze sind ihnen auch nicht sicher, obwohl erst vor einigen Tagen häufiger in den Zeitungen der Eindruck erweckt werden sollte, da stand: „KHD noch gut beschäftigt", „Neue Mitarbeiter eingestellt" usw. Die Betriebszelle der Partei und die Roten Betriebsräte rufen auf, Solidarität zu üben und kämpfen für den Zusammenschluß der Kollegen gegen diese Säuberungsaktion der KHD-Kapitalisten.

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!

SCHWUNG RAD Extra

BETRIEBSZEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN (KPD/ML) für KHD

VW Belegschaftsversammlung

"Top Manager" Loderer spricht fürs Kapital

Trotz der Sonderschichten, die auch für diesen Monat wieder eingesetzt worden sind, werden die langfristigen Entlassungspläne bei VW weiter durchgeführt. 600 Kollegen sollen in Emden auf die Straße fliegen, und es ist noch nicht einmal klar, ob das Werk nicht ganz geschlossen wird. VW will nämlich die Produktion des „Golf" in den USA selbst aufnehmen. Bei Audi/NSU in Neckarsulm und in den Werken in Heilbronn und Neuenstein sind von Juni bis jetzt 2400 Arbeiter entlassen worden. Nach den Entlassungsplänen sollen 5400 Kollegen allein in diesen Werken ihren Arbeitsplatz verlieren.

Mit Sonderschichten, Rationalisierungen und Entlassungen wollen die VW-Kapitalisten die Arbeiter noch mehr auspressen, um ihre Profite zu erhöhen. Gemeinsam mit dem Gewerkschaftsapparat werden diese Rationalisierungen durchgesetzt. Loderer höchst persönlich hat hier seine Finger im Spiel. Vor kurzem fand in Hannover eine Belegschaftsversammlung bei VW statt. Loderer, der sich als sogenannter Arbeitnehmervertreter bezeichnet, der der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates ist, pries sich als der große Manager mit dem „Weitblick" an und versuchte, indem er sich demagogisch als interessenvertreter der Arbeiter ausgab, die wirklichen Ursachen der Krise, der Entlassungen zu verschleiern, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Loderer behauptete, er sei von günstigeren Voraussagen des Absatzes ausgegangen, deshalb hätte er auch gegen die Massenentlassungen gestimmt, denn in diesem Umfang und zu diesem Zeitpunkt seien sie nicht notwendig gewesen. Anders ausgedrückt, wenn Entlassungen für das Kapital notwendig sind, dann sind sie auch gerechtfertigt. Und als damals die Entlassungspläne offenbart wurden, rief die IGM-Führung selbst die Kollegen auf, doch lieber die Abfindung zu nehmen und freiwillig zu kündigen.



Das Schlimmste wäre verhindert worden, wenn der Aufsichtsrat paritätisch besetzt wäre, behauptet Loderer. Das Verhältnis von Arbeitgebervertreter zu Arbeitnehmervertreter dürfe nicht 14 : 7 sein, sondern 1 : 1. Abgesehen davon, daß alle die im Aufsichtsrat sitzen, Vertreter des Monopolkapitals sind, und dazu gehören auch die Gewerkschaftsbonzen wie Loderer, die selbst Monopole mit den Gewerkschaftsgeldern aufgebaut haben, soll diese Mitbestimmungsideologie, die Köpfe der Kollegen vernebeln, als könnten sich Arbeiter und Kapitalisten an einen Tisch setzen, als gäbe es gleiche Interessen zwischen ihnen. Wohin die Mitbestimmung führt, beweist der Fall VW selbst. Tausende Entlassungen, Rationalisierungsterror, durchgesetzt mit dem Segen der Gewerkschaftsführer. Natürlich hält Loderer die Entlassungen aus taktischen Gründen und um die Kollegen hinters Licht zu führen in diesem Umfang und zu diesem Zeitpunkt für nicht so günstig, aber dafür ist er. Die Kollegen sollen nicht gegen den Kapitalismus, der die Ursache der Krisen selbst ist, kämpfen, sondern solchen Typen wie Loderer im Aufsichtsrat vertrauen und hoffen, man könnte sich gütlich mit dem Kapital einigen.

Für seine Rede erhielt Loderer von den Kollegen keinen Beifall, ihr Haß auf den Gewerkschaftsapparat wächst ständig. Lediglich die Profiklatscher vom Betriebsrat, Vertrauensleutekörper und der D„K"P applaudierten. Welche Angst die VW-Kapitalisten und der Gewerkschaftsapparat vor dem Haß der Kollegen haben, beweist auch die Tatsache, daß die Vertrauenskörperleitung die Vertrauensleute angewiesen hat, keine Kritik an Loderer auf der Belegschaftsversammlung zu üben. Gegen diesen Gewerkschaftsapparat müssen sich die Kollegen revolutionär zusammenschließen, weil sie sich nur so gegen die Angriffe des Kapitalismus wehren können.

Bergwerksunglück Zeche Sophia Jacob

Kollegen sollen für Zechenbarone zahlen

20 000 Liter Wasser, Geröll und Sand strömten pro Minute in die Schachtanlagen der Zeche Sophia Jacob in Hückelhoven bei Aachen. Ein Grundwasserquell in 320 Metern Tiefe brach in einen Stollen ein und setzte die Zeche unter Wasser. Die 400 Kumpel konnten sich noch schnell in Sicherheit bringen. Wäre zu der Zeit nicht gerade eine Reparaturschicht unter Tage gewesen, sondern die Belegschaftsstärke einer Normalschicht, so wären mit Sicherheit viele Kumpel ertrunken.

In Wassenberg sackte das Land mit einer Fläche von 300 000 qm ab, teilweise 3 m tief. Die Kumpel, die dort in der Bergmannssiedlung gelebt haben, schilderten es sei wie bei einem Erdbeben gewesen. Die Straßen rissen auf, Spalten klafften auseinander. Zum Glück wurde keiner verletzt. Aber 91 Menschen mußten evakuiert werden, einige verloren einen Teil ihrer Habe. Die Gefahr, daß der Boden weiter absackt und die anderen Häuser gefährdet, ist nicht auszuschließen.

Die bürgerliche Presse und besonders die Bild-Zeitung rühmte das „Verantwortungsbewußtsein" der Zechenbarone, die angeblich sofort nach Einbruch des Wassers für die Sicherheit der Kumpel gesorgt hätten. Doch wie sieht es wirklich mit dem sogenannten Verantwortungsbewußtsein der Zechenkapitalisten aus? Nach Berichten von Bergleuten sei schon am Tage vorher bekannt gewesen, daß viel Wasser in diesen Stollen strömen würde, es sei auch gemeldet worden, aber die Zechenleitung hätte angeordnet, die Sprengungen zum Ausbau der Strecke fortzusetzen. Bereits einen Tag nach dem Wassereinbruch erklärte Seidel, der Bergwerksdirektor: „Schon in den nächsten Tagen soll die Produktion in einem heil gebliebenen Kohlengewinnungsrevier wieder aufgenommen werden." Es habe sich ein „Naturpropfen" aus den Sandmassen gebildet. Ohne das hundertprozentig gesichert war, daß nicht weitere Wassereinbrüche folgen würden, mußten die Kumpel wieder an die Arbeit. Seidel nutzte natürlich die Angst der Kumpel, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, aus und stellte sich so hin, als sorge er für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Nur muß man sehen, daß gerade auch zu dieser Zeit neue Einsparungsprogramme, Reduzierung des Kohlenabbaus, Stillegungen weiterer Zechen geplant sind, wobei diese Zechenkapitalisten bestimmt nicht unbeteiligt waren. Im Augenblick wirft die Zeche Sophia Jacob noch genügend Profit für die Zechenkapitalisten ab, sonst hätten sie natürlich die Zeche oder Teile davon dichtgemacht.

Die Ursache des Unglücks stellten die Zechenkapitalisten und der Betriebsrat als eine Naturkatastrophe hin. Doch das soll von ihrer Verantwortung ablenken. Selbst in der Presse wurde bereits behauptet, daß fahrlässig bei der Streckenvorbereitung vorgegangen worden sei. Der Sicherheitsabstand zum Deckgebirge wurde nicht eingehalten. Dazu kommt, daß früher immer, auf Grund der geologischen Begebenheiten, direkt unter der Stadt Wassenberg nichts abgebaut worden ist.

Auf einer Belegschaftsversammlung versuchte der Betriebsrat Anton Rodenbucher an das „gemeinsame Verantwortungsgefühl" bei den Arbeitern zu appelieren. Nachdem er den Arbeitsdirektor und die Geschäftsleitung begrüßt hatte, sagte er: „Alle müssen jetzt Opfer bringen, auch jedes Betriebsratsmitglied". „Alle haben einen schweren Schlag erhalten." Er proklamierte eine „Notgemeinschaft" der gesamten Zeche. „Alle Unbequemlichkeiten und Einbußen müssen gemeinsam getragen werden." Das heißt nichts anderes, als daß die Arbeiter für die Zechenkapitalisten noch mitbezahlen sollen und daß davon abgelenkt werden soll, daß die Kapitalisten selbst diejenigen sind, die für das Unglück verantwortlich sind.

Die Kollegen, die zum Teil in andere Wohnungen evakuiert wurden, müssen jetzt 380 DM mehr an Miete bezahlen als in ihren Zechenhäusern, die zerstört wurden. Ca. 2 500 Kumpel erhalten Kurzarbeitergeld, das heißt 68% ihres bisherigen Lohns. Die Kapitalisten zahlen natürlich nichts. Viele Kumpel konnten nicht einmal ihre ganzen Habe aus den Häusern holen. Ein Kollege sagte: „Erst sagte man uns, die Sachen können drin bleiben, wir könnten sie später herausholen, jetzt dürfen wir nicht mehr hinein." Ein anderer meinte „Was geschieht mit uns, viel Geld haben wir in diese Häuser gesteckt. Ich selbst habe es erst vor ein paar Monaten streichen lassen. Wir alle haben viel an den Häusern gearbeitet und die Siedlung schön gestaltet." Doch Geld haben sie bisher nicht bekommen. Die Kumpel, vor allem die Obdachlosen, haben sich jetzt zusammengeschlossen und von der Zechenleitung eine Überbrückungshilfe von 1000 DM pro Familie gefordert. Die Zeche hat es aber bisher abgelehnt, auch nur einen Pfennig zu zahlen. Daraufhin ist die Unruhe und Empörung unter den Kumpel noch größer geworden.

Allein diese Beispiele zeigen mit welcher üblen Heuchelei und Durchtriebenheit die Zechenkapitalisten vorgehen und dabei von den Betriebsräten unterstützt werden. Für sie zählt nur ihr Profit und nichts anderes!

Investitionskontrolle?

Neues Wort - alter Betrug

Fortsetzung von Seite 2

riesiger Konzern entstanden, in dem der Staat den entscheidenden Einfluß hat. Die größte Werft der Bundesrepublik, die Howaldtswerke Deutsche Werft befindet sich ebenso in staatlicher Hand wie die Hüttenwerke von Salzgitter, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies hat die Verflechtung der einzelnen Monopolgruppen untereinander stark begünstigt, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals gefördert. Um nur eine Zahl zu nennen, der Anteil der 50 größten Monopole in der Bundesrepublik am Gesamtumsatz ist von 25,4% im Jahre 1954 auf jetzt fast 50% gestiegen. Die Tatsache, daß allein im vergangenen Jahr die Zahl der Bankrotte um 40% auf die Rekordzahl von 7722 gestiegen ist, zeigt, daß sich dieser Prozeß weiter fortsetzt. Dazu kommt noch, daß sich 70% des Geschäftsvolumens aller Kreditinstitute in staatlicher Hand konzentrieren. Schon 1970 wurden 35% aller Investitionen staatlich finanziert und heute hat sich dieser Anteil angesichts der Krise und der Milliardensubventionen, die den Monopolen „zur Ankurbelung der Wirtschaft", in Wirklichkeit aber für ihre Monopolprofite in den Rachen gesteckt werden, noch erhöht. Ähnlich ist es in der Landwirtschaft, wo mit Hilfe des Grünen Plans und der EWG-Bestimmungen und Verträge Hunderttausende von Bauern ruiniert worden sind, die Agrarkapitalisten, Großbanken und Konzerne aber Riesenprofite einstecken.

Die Monopole benutzen den Staat, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Bauern und der übrigen Werktätigen zu steigern. Gerade jetzt, wo sich die Krise verschärft und der Staat noch stärker als vorher in die Wirtschaft eingreift, zeigt sich das besonders deutlich. Die Subventions- und Sparprogramme des Staates, die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern, die Finanzierung der Rationalisierung durch Subventionen, die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und Arbeitslosenversicherung usw. usf, all dies dient den Monopolen, um die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, während ihr Profit nicht nur nicht angetastet, sondern sogar erhöht werden soll.

Dem gleichen Zweck dient auch die Aufrüstung, die die westdeutschen Imperialisten von Jahr zu Jahr gesteigert haben. So haben sie eine imperialistische Armee aufgebaut, die sie auch noch der NATO unterstellt haben und mit der sie hoffen, sich in einem imperialistischen Krieg um die Aufteilung der Welt beteiligen zu können und die gleichzeitig das Hauptinstrument zur Unterdrückung des Volkes und zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterherrschaft ist. Die Aufträge des Staates an die Rüstungskonzerne gehen in die Milliarden. Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, macht das Beispiel des Flickkonzerns deutlich, der als Produzent des Leopard-Panzers noch weitere ca. 3000 Zulieferfirmen unter Kontrakt hat. 2500 Firmen werden schon heute mit staatlichen Rüstungsaufträgen versorgt, unter ihnen die größten westdeutschen Monopole wie Siemens, AEG, Flick, Krupp usw. Allein das Bundeswehramt für Beschaffung beschäftigt 20000 Menschen.

Die Tatsachen zeigen, daß es ein Hirngespinst ist, daran zu glauben, der Staat könnte die kapitalistische Wirtschaft planen, Krisen verhindern und einen Aufschwung und stetige Vorwärtsentwicklung einleiten.

Die Imperialisten treiben darüber hinaus gerade heute den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates schnell voran. Für die Zentralisierung und Aufrüstung der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der imperialistischen Armee werden Millionensummen ausgegeben. Das gleiche gilt für die verschiedenen Geheimdienste und andere Spitzelorganisationen. Angefangen mit den Notstandsgesetzen sind bis heute eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet worden, die die Diktatur der Bourgeoisie festigen und die Faschisierung vorantreiben.

Beides, das verstärkte Eingreifen des imperialistischen Staates in die Wirtschaft, um den Monopolen Maximalprofite zu sichern und die Ausbeutung der Werktätigen zu verschärfen, wie die Verstärkung und der Ausbau des staatlichen Gewaltapparates gegen das Volk, die ständige Faschisierung gehören untrennbar zusammen. Das Gerede über Investitionslenkung und staatliche Kontrolle und vor allem die Behauptungen der modernen Revisionisten der D„K"P, daß es der Arbeiterklasse möglich sein könnte, den Staatsapparat in Besitz zu nehmen, ist eine verräterische Demagogie.

Der einzige Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, der Weg zur Beseitigung von Not, Elend, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung, ist und bleibt die proletarische Revolution, die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe

Arbeitshetze und Verweis können uns nicht einschüchtern!

Vor kurzem bekam ein Anhänger (der die Lasten an den Kran befestigt) in der Mechanischen (Weiterverarbeitung bei Phönix) einen Verweis. Begründung: **„Arbeitsverweigerung"**. Die Wirklichkeit sah natürlich ganz anders aus: Mitten in der Arbeit schrie ein Meister den Kollegen an, er sollte sich beeilen, obwohl er die ganze Arbeit sicher und richtig machte. Der Anhänger ließ sich das nicht gefallen und sagte, das kannst du mit mir nicht machen. Der Meister hörte aber nicht auf, ihn anzutreiben. Schließlich sagte der Kollege, wenn das so weitergeht, schmeiß ich noch die Brocken hin. Darauf wollte der Meister ihn nach Hause schicken. Der Kollege ging aber nicht. Eine dreiviertel Stunde später hatte der Anhänger schon seinen Verweis. Eilig wurde eine Versammlung in der Mechanischen organisiert mit den beteiligten Meistern, dem Betriebsrat Fritz Völler und dem Anhänger. Der Meister leugnete, daß er den Kollegen angeschrien hatte. **Daß er sich gegen die Antreiberei gewehrt hatte, wurde ihm als „Arbeitsverweigerung" ausgelegt.** Sein Betriebsrat Völler, in den bis dahin noch viele Kollegen Vertrauen hatten, sagte nur, das hätte er sich denken können, aber nicht sagen dürfen! So bekam der Kollege **mit Zustimmung des Betriebsrats den Verweis.** Er sollte noch froh sein, wurde ihm gesagt, daß er nicht gleich fliegt. Jetzt schwirrt ständig ein Meister um den Kollegen rum und treibt ihn weiter an.

Als seine Kollegen davon erfuhren, waren alle sehr empört. Auch über den Betriebsrat ging so manchem auf, auf welcher Seite diese Herren stehen. Die Kollegen sehen auch, daß der Verweis des Anhängers nicht seine persönliche Angelegenheit ist. Sie ist ein Teil der verschärften Arbeitshetze und Schikane, wie sie gerade in der Weiterverarbeitung in letzter Zeit immer schärfer werden. Mit dem Abzug der Stopper vor einem Monat ist es nämlich keinesfalls besser geworden, sondern immer schlimmer: **In der 40-Stunden-Woche machen wir jetzt genausoviel Tonnen wie vorher in 7 Tagen und das mit weniger Kollegen.** Und trotzdem werden wir weiter angetrieben, die Aufträge sind überfällig, ihr müßt die Termine schaffen usw. Jetzt passen die Meister auf, ob jede Maschine läuft, ob die Kollegen auch ständig auf Trapp sind, ob die Kräne auch um Punkt 14 Uhr noch besetzt sind usw. Sogar Betriebschef Koch und Funke laufen zu Schichtwechsel ständig durch die Hallen. Aber damit können sie uns nicht einschüchtern. Immer mehr Kollegen melden sich fürs Wochenende ab trotz Drohungen durch Vorarbeiter und Meister mit einer „schwarzen Liste". Immer mehr Kollegen sehen gerade in der Krise, daß unsere Interessen und die der Kapitalisten sich genau entgegenstehen und wir nichts gemeinsam haben. Sie sehen, daß der Betriebsrat trotz schöner Worte auch auf der anderen Seite der Barrikade steht. Und viele Kollegen erkennen, daß wir Arbeiter im Kapitalismus nichts zu verlieren haben als unsere Ketten.

D"K"P Vertrauensmann denunziert Kollegen

Vor zwei Wochen hat der Verlader **Willi Fandrey** (Vertrauensmann der Anhänger und Stadtratskandidat der D„K"P) **einen Kranführer beim Meister angezeigt.** Er sagte zu seinem Vorarbeiter, er würde nicht mehr mit dem Kollegen zusammenarbeiten. Er fahre angeblich so, daß er ihn umbringen würde. Daraufhin rief der Vorarbeiter die Kranabteilung an und der Meister holte den Kollegen vom Kran. Der Kollege sagte dem Meister, daß er mit dem Kran noch nicht so gut zurecht käme. Das ist auch verständlich, denn der Kollege war völlig neu auf dem Kran. Er gehört zu denen, die aus der Flämmerei und aus dem Oxygenstahlwerk für 6 bis 8 Wochen „ausgeliehen" werden. Der Meister ließ den Kollegen daraufhin eine Woche auf dem Kran anlernen, wollte aber einen Bericht darüber schreiben.

Ein anderer Kranführer, der davon hörte, fragte den Verlader, ob er denn nicht erst mit dem Kranführer geredet hätte. Daraufhin der D„K"P-Vertrauensmann Fandrey: „Ich laufe dem doch nicht hinterher!" Alle Kollegen, die das erfuhren, waren sehr empört, besonders, weil er gar nicht erst mit dem Kranführer geredet hatte. **„Das ist ja fast eine Aufforderung zum Rausschmiß"**, sagte ein Kollege, „wo die sowieso zu viel Kranführer haben".

AN IHREN TATEN KÖNNT IHR SIE ERKENNEN

Ein Kollege meinte aber, seid euch doch einig. Andere beschweren sich doch auch mal beim Meister über Kollegen. Das stimmt, Kollegen, aber wie ist es, wenn einer sich „Kommunist" nennt? Das Verhalten von Willy Fandrey war kein einmaliger Fehler eines einfachen Kollegen. Willy Fandrey ist bei seinen Kollegen für seinen herrischen Kommandoton bekannt. Eine Kranführerin hat er schon mal zum Heulen gebracht, so daß sie eine halbe Stunde nicht fahren konnte. Es fällt auch unangenehm auf, daß er immer erst guckt, wer auf dem Kran ist, bevor er schreit oder freundlich tut.

Wie verhielt er sich dem Kranführer gegenüber? Nachdem er ihn ohne mit ihm zu reden, beim Meister angezeigt hatte, holte er ihn einen Tag später vom Kran, erwähnte die Sache mit keinem Wort und sprach mit ihm – sehr freundlich – über Politik. Für solch eine Politik hat sich der Kollege natürlich bedankt und solche doppelzüngigen Leute nennen sich „Kommunisten".

Solche Leute, Kollegen, sind die Kandidaten der D„K"P. Sie arbeiten nicht nur mit dem Meister, sondern auch mit Werkschutz und Polizei gegen die Kollegen zusammen. Ein Beispiel dafür ist auch **D„K"P-Betriebsrat Otto Meyerling.** Als er am 1. Mai ein Wahlplakat unserer Partei am Burgtor zerstören wollte, hinderte ein Genosse ihn daran. Als Meyerling den Genossen und die KPD/ML beschimpfte, wollte der Genosse ihm die richtige Antwort darauf geben. **„Jetzt hole ich den Werkschutz"**, schrie Meyerling, „das lassen wir uns nicht gefallen!" und rannte zum Pförtnerhäuschen.

SOZIALISMUS IN WORTEN – FASCHISMUS IN TATEN

Diese Leute haben zwei Gesichter. Auf der einen Seite geben sie sich links und tönen sehr radikal. Den Arbeitern predigen sie die Gewaltlosigkeit. Auf der anderen Seite haben sie aber keine Scheu, Gewalt gegen Arbeiter anzuwenden, wirkliche Kommunisten und fortschrittliche Kollegen aus dem Betrieb rauszuschmeißen. Sie denunzieren Kollegen und arbeiten mit Werkschutz und Meister gegen die Kollegen zusammen. Guckt doch in die **DDR und die Sowjetunion,** wo unsere Klassenbrüder von solchen Leuten brutal unterdrückt werden, wo Arbeiter an der Mauer erschossen werden. Das sind die Blutsbrüder der D„K"P. Sozialfaschisten, Sozialisten in Worten und Faschisten in der Tat. Deshalb sind solche Leute wie Willy Fandrey auch nicht unsere Kollegen, auch wenn wir mit ihnen zusammenarbeiten. (Natürlich gibt es auch ehrliche, getäuschte Kollegen in der D„K"P, aber die haben dort nichts zu melden, die werden auch keine Stadtratskandidaten!) **Deshalb Kollegen, laßt euch von den „linken" Parolen der D„K"P-Verräter nicht täuschen. Entlarvt ihre rechten Taten!**

Revisionistisches

DER GIPFEL DER HEUCHELEI

Auf die Frage der Zeitung „Weserkurier", wie die D„K"P denn zum Sozialismus stünde, gab Hermann Gautier, Spitzenkandidat der D„K"P bei den Bremer Bürgerschaftswahlen und stellvertretender Bundesvorsitzender der D„K"P eindeutig Auskunft: „Morgen und übermorgen steht dieses Thema nicht auf der Tagesordnung. Über die Einführung des Sozialismus können wir uns unterhalten, wenn wir 52% der Stimmen haben." Die „Einführung des Sozialismus" – wie es Gautier nennt – soll also von der Stimmenmehrheit bei dem bürgerlichen Wahlschwindel abhängen?

Lenin hat diesen Betrügern vor über 50 Jahren bereits die entsprechende Antwort erteilt: *„Nur Schufte oder Narren können glauben, das Proletariat müsse zuerst bei Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder der Heuchelei, das hieße, den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht ersetzen."*

Und genau das tun die D„K"P-Revisionisten. Gegen den Klassenkampf setzen sie die Politik der Klassenversöhnung, gegen die gewaltsame proletarische Revolution ihren verlogenen „friedlichen Weg". Und dabei besitzen diese Verräter die Frechheit, sich auch noch auf Lenin zu berufen. Sie sind keine Narren, sondern sie wissen genau, was sie tun, sie sind Schufte, wilde Feinde der Arbeiterklasse.

D„K"P-WERBUNG FÜR US-POLIZEI

Während in aller Welt bekannt ist, daß die Polizei der US-Imperialisten eines der übelsten Mittel der US-Imperialisten zur Unterdrückung des amerikanischen Volkes ist, sehen die D„K"P-Revisionisten das allerdings anders. So lobt die „UZ", Zeitung der D„K"P-Revisionisten unter der Überschrift: „Polizei legt Erfolge vor", anhand von Statistiken die US-Polizei, als wäre sie ein Mittel im Kampf gegen die Kriminalität. Dabei ist es gerade diese Polizei, die als Machtorgan der US-Imperialisten die Hauptaufgabe hat, den imperialistischen Staat, die bestehenden Klassenverhältnisse in den USA, die die Grundlage für die Kriminalität sind, aufrechtzuerhalten.

Mehr noch empfiehlt die „UZ" einige Ausgaben später die US-Polizei als Schutztrupp der amerikanischen Arbeiterklasse. Unter einem Bild, das einen dieser fetten US-Bullen mit angelegtem Gewehr zeigt, beteuert „UZ", dem ungläubigen Leser: „Mit angelegtem Gewehr mußten Polizisten (unser Bild) in Stockton, US-Bundesstaat Kalifornien, Schlägertrupps in Schach halten, die einen Überfall auf Mitglieder der Vereinigten Obstarbeiter unternommen hatten." Das war der „UZ" die Zeilen wert. Doch daß wenige Zeit zuvor eben diese Polizei mit Gewehren gegen die Plantagenarbeiter vorging, als diese einen militanten Streik durchführten, daß diese Polizei auf die Arbeiter schoß – darüber verlor die „UZ" auch nicht ein Wort.

„PORNO-KINO AUS OBERBAYERN"

So warb die „S"DAJ, Jugendorganisation der D„K"P für ihren Stand aus Bayern auf dem Oktoberfest in einer Anzeige in der „UZ": „Was tun? Hin zum SDAJ-Flohmarkt aus Bayern! Auch heuer wieder: Porno-Kino aus Oberbayern! (...) Das bleibende Erinnerungsfoto: Mit Lenin auf dem Oktoberfest! Bierkrüge und Kaffeetassen mit allerlei dummen Sprüchen! ..." Welch eine Avantgarde! – die der proletarischen Jugend allerdings gewiß nicht!

Kommunistischer Krankenpflegeschüler entlassen

Mit Terror und Lügen soll Empörung der Kollegen erstickt werden

Wie wir bereits im ROTEN MORGEN berichteten, wurde der kommunistische Krankenpflegeschüler Dieter Stoll am Krankenhaus Bethanien in Dortmund mit Entlassung bedroht, weil er sich entgegen den Vorstellungen der diensthabenden Ärztin für die ausreichende Versorgung eines schwerkranken Mädchens einsetzte. Inzwischen hat die Krankenhausleitung ihre Drohung wahrgemacht. Dieter Stoll wurde entlassen.

Nachdem man erst tagelang gegen den kommunistischen Krankenpflegeschüler gehetzt hatte, erhielt er schließlich ein Schreiben der „Mitarbeitervertretung", in dem einerseits vom „Recht auf freie Meinungsäußerung" die Rede war, andererseits aber betont wurde, daß dieses Recht da aufhöre, wo der Betriebsfrieden bedroht und die Schweigepflicht verletzt werde. Das Schreiben schloß mit einer offenen Kündigungsandrohung. Die Kündigung selbst folgte postwendend. Bereits am nächsten Tag wurde Dieter fristlos gekündigt. Er erhielt Hausverbot.

Die Empörung der Kollegen über diese Entlassung ist ziemlich groß. Die Krankenhausleitung versuchte, die Kollegen mit Terror und Lügen einzuschüchtern und zu verwirren. Ihr ging es nicht nur darum, einen geschlossenen Kampf der Kollegen gegen diese Entlassung zu verhindern, sondern vor allem darum, einen Kreis von Kollegen, der sich bereits vorher gebildet hatte, im Krankenhaus zu isolieren und zu zerschlagen.

Ein Kollege, von dem man offensichtlich annahm, daß er mit dem Kreis etwas zu tun habe, wurde ebenfalls mit Entlassung bedroht und aus einem nichtigen Anlaß verwarnt. Die Stationsschwester der Station, auf der Dieter arbeitete und sich auch nach dem Hausverbot noch aufhielt, wurde so lange mit Telefonanrufen durch die Krankenhausleitung bombardiert, bis es ihr schlecht wurde und sie sich hinlegen mußte. Als Flugblätter der Partei gegen die Entlassung verteilt wurden, holte die Krankenhausleitung die Polizei. Die Polizei erschien sogar in einer Gastwirtschaft, in der sich Dieter, wie vorher in der Schule angekündigt, mit Krankenpflegeschülern traf. Die Polizisten erklärten dem Wirt, man habe sie gerufen, weil bei ihm jemand „Volksreden gegen das neue Krankenhausgesetz halte".

Gleichzeitig bombardierte die Krankenhausleitung die Kollegen mit „Argumenten" wie, daß es nie zu einer Entlassung gekommen wäre, wenn nicht die Flugblätter des Kreises und der Partei erschienen wären, daß schließlich der „Ruf des Hauses" geschützt werden müsse usw. So sollte den Kollegen eingeredet werden, daß kämpfen nichts nützt, daß es vor allem darauf ankommt, alles innerhalb der vier Wände des Krankenhauses zu „regeln".

Daß diese Angst vor der Bevölkerung ihrer guten Grund hat, zeigte sich, als Dieter an einem Stand der Partei mit der Bevölkerung sprach. Zahlreiche ehemalige Patienten des Bethanien, die selber erlebt hatten, wie man dort als einfacher Werktätiger behandelt wird, versicherten ihm ihre Solidarität. Hier zeigte sich, wen tatsächlich gemeinsame Interessen verbinden: nicht alle „Mitarbeiter" des Krankenhauses, sondern Kollegen und Patienten gegen die Krankenhausleitung, die Patienten und Personal gleichermaßen schlecht behandelt. Diese Interessen wird die Partei auch weiterhin unterstützen. Es wird der Krankenhausleitung nicht gelingen, die von ihr gewünschte Friedhofsruhe herzustellen.

Demonstration gegen § 218

Unter reformistischen Vorzeichen

Am 21. September haben in Bonn ca. 25000 Menschen gegen den Abtreibungsparagraphen 218 demonstriert und seine Abschaffung gefordert. Die große Zahl der Teilnehmer an der Demonstration beweist, daß die Empörung über diesen Unterdrükkungsparagraphen groß ist. Aber so berechtigt die Forderung „Weg mit dem Paragraphen 218" auch ist, die Demonstration in Bonn stand völlig unter reformistischen Vorzeichen.

Dies hat sich vor allem in den Parolen „Das Volk soll selbst entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" ausgedrückt, mit denen der Eindruck erweckt werden sollte, als ob das Volk unter der Herrschaft der Bourgeoisie, unter ihrer Diktatur, seinen Willen durch eine einfache Abstimmung durchsetzen könnte. Die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen haben denn auch, soweit sie über die Demonstration berichtet haben, genau die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 als das Entscheidende und Wichtigste herausgestellt, wobei sie nicht vergaßen, hinzuzufügen, daß es ihn überhaupt nicht gibt, was der KBW, der Initiator der Kampagne gegen den § 218, noch nicht mal offen und ehrlich klargemacht hat. Vor allem aber hat der KBW nach der Demonstration in der KVZ als Haupterfolg herausgestellt, daß der „aktive Kern" der Bewegung gegen den §218 „nicht mehr auf Versprechen der bürgerlichen Politiker baut", sondern „an der Forderung nach völliger Beseitigung des § 218 festhält und am Recht der Massen, selbst zu entscheiden." Dementsprechend konnte Martin Fochler für das ZK des KBW auf der Schlußkundgebung der Demonstration erklären: „Der Fortschritt der Bewegung gegen den § 218 ist ein Fortschritt der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat und auf dem Wege der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung."

In Wirklichkeit aber hat diese Demonstration dazu gedient, Illusionen über den bürgerlichen Staat zu fördern, die Illusion nämlich, daß es möglich sein könnte, daß die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen ihr Schicksal mit Hilfe und durch eine Volksabstimmung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist Betrug. Die Bourgeoisie hat ihren Staatsapparat, die Polizei, die Armee, die Bürokratie usw. um das Volk zu unterdrücken, der Kampf für einen Volksentscheid kann diese Tatsache nur vertuschen. Wirklich befreien kann sich das Volk nur durch die proletarische Revolution.

Reaktionäre am Hamburger Krankenhaus

"Kommunisten-ein Fall für den Psychiater"

Anstatt, daß Sie sich bemühen, wieder gesund zu werden, wieder ein normales Arbeitsverhältnis zu haben, betreiben Sie weiterhin kommunistische Wühlarbeit. Deshalb werden wie Sie nicht zum Examen zulassen. Sie können natürlich ihre Ausbildung weitermachen, nur sind das verschenkte Jahre. Sie bekommen keinen Abschluß." Mit diesen zynischen Worten der Krankenhausleitung ist eine Genossin, die in einem großen Hamburger Krankenhaus als Lernschwester gearbeitet hat, entlassen worden.

Die Genossin ist krank. Sie leidet an den Spätfolgen einer verschleppten Gelbsucht, mit der sie sich vor zwei Jahren im Krankenhaus infiziert hat. Damals wurde die Gelbsucht nicht richtig behandelt, wohl um einen Antrag der Genossin auf Berufskrankheit zu vermeiden. Was kümmert es die Krankenhausleitung, daß sich der Gesundheitszustand der Genossin immer mehr verschlechterte, so daß sie jetzt im Bett liegen muß, im Krankenhaus stationär behandelt werden muß.

Die Genossin ist Kommunistin. Das war der Krankenhausleitung bekannt. Ihre Kollegen haben sie zur Wahl des Schulsprechers und der Jugendvertretung vorgeschlagen und sich auch durch die Einschüchterungsversuche der Krankenhausleitung, die drohte, massiv in die Wahl einzugreifen, nicht abhalten lassen, für die Genossin zu werben.

Rücksichtslos hat die Krankenhausleitung versucht, die Genossin, die krank im Bett liegen mußte, fertig zu machen. Sie schreibt uns: *„Kaum lag ich zwei Stunden im Bett, da kam ein Arzt herein und sagte ganz frech, bei mir müsse man erstmal abklären, ob nicht eine psychosomatische Behandlung (Sprechstunden beim Psychiater) angebracht sei. Ich dachte, ich hör nicht richtig und sagte ihm, daß ich mir diese Unverschämtheiten nicht gefallen lassen werden, außerdem hätten sie noch keinen einzigen Laborbefund. Sie bequemten sich, mich zu untersuchen und stellten fest, daß ich tatsächlich organisch krank bin und außerdem vor zwei Jahren Gelbsucht hatte ... Die Diffamierungen, ich gehöre in eine psychiatrische Behandlung ließen sie trotzdem nicht fallen und schickten mir einen Psychiater auf den Hals. Über den erfuhr ich später, daß er D„K"P-Mitglied ist. Der wußte ganz genau Bescheid und versuchte, mich über die Partei auszuhorchen. Ich habe ihm gesagt, daß ich keine Veranlassung sähe, mit ihm zu reden und las in meinem Buch weiter, er blieb stur sitzen. Ca. 2 Minuten war er da, das reichte diesem Kapitalistenknecht offensichtlich zu der Diagnose, er stimmte ebenfalls einer psychosomatischen Behandlung zu. Aus seinem Traum, mich in seinen Klauen zu haben, wurde aber nichts. In der Agitation und Propaganda unter den Kollegen, die sehr empört waren, habe ich aufgezeigt, welche Methoden der Staatsapparat einzusetzen bereit ist, um revolutionäre und kommunistische Kollegen mundtot zu machen."*

Vom Aufbau des Sozialismus

GENOSSE ENVER HOXHA BEGLÜCKWÜNSCHT DIE ARBEITER DER SÄGEWERKE IM BERGWERK PUCA ZU DEN ALLSEITIGEN ERFOLGEN BEI IHREN ARBEITEN

Die albanische Presse veröffentlichte am 6. September den Brief, den der 1. Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Enver Hoxha, den Arbeitern der Sägewerke im Bergbezirk Puca im Norden des Landes sandte. In dem Brief, die die Sägewerksarbeiter dieses Bezirks dem geliebten Führer der Partei und des Volkes geschickt hatten, unterrichteten sie ihn über ihre Erfolge, über die schöpferische Arbeit, um den Mechanisierungsgrad einer Reihe von Arbeitsvorgängen zu steigern, über die fortwährend von ihnen unternommenen Aktionen und über die große Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in den Jahren des sozialistischen Aufbaus.

In seinem Antwortschreiben würdigt Genosse Enver Hoxha die Erfolge der Sägewerksarbeiter des Bezirks Puca:

„Diese Erfolge", schreibt Genosse Enver Hoxha, unter anderem, *„sprechen klar von der grenzenlosen Liebe, die ihr für die Partei, für das Vaterland, für unser hervorragendes Volk und für eure Arbeit hegt und die euch bei eurem stetigen Vorwärtsschreiten beflügeln. Ohne Schwierigkeiten zu scheuen, habt ihr immer eure Aufgaben in Ehren erfüllt und qualitativ hochwertige Arbeit geleistet, was davon zeugt, daß ihr euch die Lehren der Partei richtig angeeignet habt. Das gesamte albanische Volk ist mit Recht auf die starke Industrie, auf die Kombinate, Werke und Wasserkraftwerke, auf die Straßen, Eisenbahnlinien, Schulen, Kulturheime, Wohnhäuser usw. stolz, die mit den goldenen Händen der von der Partei geführten Arbeiterklasse gebaut worden sind. Unser Volk weiß, daß die unermüdlichen Holzfäller des Bezirks Puca das sozialistische Bauwesen ständig mit dem so notwendigen Holzmaterial beliefert und damit einen unschätzbaren Beitrag für den Fortschritt und die Verteidigung des Vaterlandes geleistet haben. Deshalb gibt es eine besondere Liebe und Achtung für diese Arbeiter."*



Genosse Enver Hoxha beglückwünscht die Sägewerksarbeiter zu ihrer guten Arbeit zur Unterstützung des Dorfes, durch ihren Beitrag zur weiteren Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten und zur Entwicklung des Dorfes, damit auch dort das Leben immer schöner wird und sich dem der Stadt angleicht und damit das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern sich ständig verstärkt.

Das Grußschreiben des Genossen Enver Hoxha, das auf der Versammlung der Sägewerksarbeiter des Bezirks Puca aus Anlaß des 30. Jahrestages der Errichtung ihres Betriebes vorgelesen wurde, wurde mit großer Begeisterung von den Arbeitern begrüßt. Die Arbeiter der Sägewerke versicherten, daß sie ihre Erfolge in der Produktion weiterführen, sich im revolutionären Geist erziehen und ihre Unterstützung für die allseitige Entwicklung der Dörfer noch mehr verstärken werden.

Warum muss der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats weitergeführt werden?

Am 1. Oktober jährt sich zum 26.Male der Tag der Gründung der Volksrepublik China. Während die Sowjetunion, das erste sozialistische Land der Welt, zu einem kapitalistischen Land, einer sozialimperialistischen Supermacht entartete, verteidigten die Arbeiter und Bauern Chinas unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze die Diktatur des Proletariats gegen alle äußeren und inneren Feinde. Wir müssen vom Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern lernen, damit wir den Werktätigen unseres Landes eine klare Antwort auf die Frage geben können, wie nach dem Sieg der sozialistischen Revolution eine ähnliche Entwicklung wie in der Sowjetunion verhindert werden kann.

Wie die Entartung der Sowjetunion und der anderen heute revisionistischen Länder zeigt, bedeutet der Sieg im bewaffneten Kampf nicht die vollständige Vernichtung der Bourgeoisie. Mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die mit ihm verbündeten Volksschichten ist nicht die Gefahr der Wiedererrichtung der kapitalistischen Ausbeuterordnung für alle Zeit gebannt. Im Gegenteil betont der Vorsitzende Mao: *„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus."*

Die Gefahr der Zerschlagung der Diktatur des Proletariats und der Wiedererrichtung des Kapitalismus rührt hauptsächlich aus 3 Quellen:

1. Die gestürzten alten Ausbeuterklassen existieren fort und obwohl ihr Machtapparat durch die gewaltsame Revolution zerschlagen wurde, behalten sie unvermeidlich zunächst gewissen Einfluß.

2. Das internationale Kapital versucht durch äußeren Druck und durch Subversion im Innern den Sozialismus zu stürzen und durch den Kapitalismus zu ersetzen.

3. Es entstehen neue bürgerliche Elemente.

Alle drei Faktoren hängen miteinander zusammen und stellen insgesamt die Gefahr der Restauration des Kapitalismus dar. Dabei kommt aber der Herausbildung einer neuen Bourgeoisie die wichtigste Rolle zu. Die Aggression der imperialistischen Mächte von außen kann letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn der Imperialismus sich auf Kräfte der Konterrevolution im Innern stützen kann. Die imperialistische Aggression aber kann – wie das Beispiel der Sowjetunion unter Stalin beweist – zurückgeschlagen werden, wenn das Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei eine feste Einheit bildet. Nicht die imperialistische Aggression von außen, sondern die innere Konterrevolution hat in den heutigen revisionistischen Ländern die Diktatur des Proletariats zerschlagen. Unter den Kräften der Konterrevolution aber kommt der Herausbildung neuer bürgerlicher Elemente gegenüber den Resten der gestürzten Ausbeuterklassen die größere Bedeutung zu. Das hat einen einfachen Grund. Die eigentlichen Reste der alten Ausbeuterklassen werden Jahr für Jahr geringer. Abgesehen von der Periode unmittelbar nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse kann die innere Konterrevolution nur durch die Herausbildung neuer bürgerlicher Elemente erstarken. Leute wie Chruschtschow, Breschnew, Ulbricht usw. stammen keineswegs aus der gestürzten Kapitalistenklasse. Im Gegenteil: Sie waren Jahrzehnte Mitglieder der Kommunistischen Partei, stammen aus der Arbeiterklasse oder ihren Bündnisschichten.

Diese Frage, das Entstehen neuer bürgerlicher Elemente, steht im Mittelpunkt der gegenwärtig in der Volksrepublik China geführten großen Massenbewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats und zur Einschränkung des bürgerlichen Rechts. In seiner Weisung, die Theorie der Diktatur des Proletariats gut zu studieren, hob der Vorsitzende Mao hervor: *„Lenin sagte ‚Die Kleinproduktion . . . erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.' Diese entstehen auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und bei einem Teil der Parteimitglieder. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staats- und anderen Organe gibt es Leute, die einen bürgerlichen Lebensstil annehmen."*

WELCHE BEDINGUNGEN FÜHREN ZUR HERAUSBILDUNG EINER NEUEN BOURGEOISIE?

„Jawohl, die Arbeiterklasse ist nicht durch eine chinesische Mauer von der alten, der bürgerlichen Gesellschaft getrennt. Und wenn die Revolution anbricht, so geht es nicht zu wie beim Tode eines einzelnen Menschen, wo die Leiche einfach hinausgetragen wird. Wenn die alte Gesellschaft zugrunde geht, kann man ihren Leichnam nicht in einen Sarg vernageln und ins Grab senken. Dieser Leichnam geht mitten unter uns in Verwesung über, er verfault und steckt uns selbst an." Diese Worte Lenins sind für die Frage wie im Sozialismus ständig sich neue bürgerliche Elemente herausbilden können von großer Bedeutung. Die sozialistische Gesellschaft ist eine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Auf der einen Seite stellt sie den radikalen Bruch mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung dar: Die Arbeiterklasse übt die Staatsmacht aus, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse ist abgeschafft, es gilt das Prinzip: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" und „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung", die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse wurden aufgehoben und durch sozialistische ersetzt, die sozialistische Planwirtschaft tritt an die Stelle der Anarchie der kapitalistischen Produktion usw. Auf der anderen Seite aber ist diese neue Gesellschaft noch durch die Muttermale der alten, kapitalistischen Gesellschaft geprägt. Dazu stellt Genosse Mao Tsetung fest: *„China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt wird noch ein Lohnsystem von acht Stufen praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alldem gibt es nicht viel Unterschied zu alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß die Eigentumsverhältnisse verändert worden sind." „Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden."*

DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE HERAUSBILDUNG EINER NEUEN BOURGEOISIE

Der Vorsitzende Mao faßt hier wesentliche ökonomische Bedingungen zusammen, die die Gefahr der Restauration des Kapitalismus in sich bergen, weil sie selbst ihre Wurzel in der alten kapitalistischen Gesellschaft haben.

Nehmen wir die Frage der Warenproduktion. Als Waren bezeichnen wir die Produkte, die nicht zum persönlichen Gebrauch oder um sie unentgeltlich der gesamten Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, sondern zum Austausch produziert werden. Damit die Waren miteinander austauschbar sind, müssen sie etwas Gemeinsames haben: gemeinsam ist ihnen, daß sie Produkte menschlicher Arbeit sind. Die Größe ihres Wertes ist durch die zu ihrer Herstellung benötigte gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt. Wenn die Menschen also die Waren entsprechend ihres Wertes austauschen, tauschen sie in Wirklichkeit ihre Arbeit aus. Deshalb drückt sich in der Ware ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis zwischen den Menschen aus.

Obwohl alle Waren nach dem gleichen Maßstab der zu ihrer Herstellung im gesellschaftlichen Durchschnitt aufzuwendenden Arbeitszeit getauscht werden, produziert dieser Austausch in Wirklichkeit ständig Ungleichheit. Denn der eine Warenproduzent ist kräftiger, kann leichter an Rohstoffe herankommen, besitzt besseren Boden, hat bessere klimatische Bedingungen usw. Er braucht zur Herstellung einer Ware weniger als die im Durchschnitt der gesamten Gesellschaft notwendige Arbeitszeit. Andere Warenproduzenten haben schlechtere Bedingungen und müssen zur Produktion einer Ware mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aufwenden. Der gleiche Maßstab ist also in Wirklichkeit ungleiches Recht, das zur Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme und schließlich in Klassen führt. Der Höhepunkt dieser Entwicklung ist die kapitalistische Warenproduktion, in der die wichtigsten Produktionsmittel in den Händen der Kapitalistenklasse konzentriert sind, während die Masse der Menschen nur noch eine einzige Ware zum Tausch anzubieten hat: ihre Arbeitskraft. Im Kapitalismus drückt sich in der Warenproduktion die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse aus.

Warum gibt es aber dann im Sozialismus ebenfalls Warenproduktion? Im Sozialismus werden die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln abgeschafft. Die Produktionsmittel in der Industrie werden der Kapitalistenklasse enteignet und verstaatlicht, also in Eigentum des ganzen Volkes verwandelt. Genauso werden die Großgrundbesitzer enteignet. Könnten alle Produktionsmittel in Eigentum des ganzen Volkes verwandelt werden, gäbe es keine Warenproduktion mehr, denn es würde nicht mehr zum Austausch produziert, sondern auf der Grundlage der staatlichen Pläne ausschließlich zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Aber eine Umwandlung aller Produktionsmittel in Eigentum des ganzen Volkes ist zunächst nicht möglich. Die kleinen Warenproduzenten, die Handwerker und vor allem Bauern, die zwar selbst Produktionsmittel besitzen, aber nicht von der Ausbeutung anderer, sondern von ihrer eigenen Hände Arbeit leben, sind

Fortsetzung auf Seite 8

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26

KASSEL

Liebe Genossen!

Im RM 38 brachtet ihr einen ausführlichen Bericht über einen Polizeiüberfall auf Genossen in Kassel. Nachstehender Bericht soll zeigen, daß die Polizei bis heute versucht, Genossen, die betroffen waren, zu ermitteln und zu fassen.

Am 12. 9. sollte eine Kundgebung der KPD/ML und der GRF (KPD) zu den Todesurteilen gegen die spanischen Antifaschisten stattfinden. Die Kundgebung war am gleichen Tag von der Partei angemeldet worden und sie wurde innerhalb einer halben Stunde (!) genehmigt. Weshalb das wahrscheinlich so schnell und reibungslos ging, wurde uns am Nachmittag klar. Die Kundgebung sollte in der Innenstadt auf dem Königsplatz stattfinden, da es allerdings in Strömen regnete, fiel sie „ins Wasser". Kurz nach 16.30 Uhr (Kundgebungsbeginn) fuhr ein Mannschaftswagen Polizei auf den Platz, in der Nähe wurde ein 2. postiert, mehrere Einsatzwagen kurvten über und um den Platz, Fotografen und 7-9 zivile Bullen standen plötzlich ganz „unauffällig" auf dem Platz. Klar war uns, daß das Aufgebot nicht zu unserem Schutz da war (am Tag vorher schützten sie allerdings eine D„K"P-Veranstaltung mit ca. 30 Bullen). Allzudeutlich war die Absicht, einen Überfall zu starten und zu versuchen, Genossen zu fassen, die am 1. 9. vom Polizeieinsatz betroffen waren. Deshalb wahrscheinlich auch die schnelle Genehmigung. Inzwischen hat außerdem ein Genosse der GRF (KPD) von der Kripo eine Vorladung als Zeuge zu den Ereignissen am 1. erhalten – ein Ziviler kannte ihn von einer Hausdurchsuchung her.

Am Donnerstag, den 18. 9., sollte in Kassel eine öffentliche Vereidigung von 1000 Rekruten stattfinden. Ursprünglich sollte sie in der Innenstadt stattfinden, aus Angst vor „Störaktionen" wurde sie auf einen Sportplatz gelegt, der abseits in einem großen Park liegt. Am 18. wimmelte es schon mehrere Stunden vor Beginn nur so von Bullen. Sie hatten mehrere Mannschaftswagen aufgefahren, etliche Einsatzwagen hatten das Gebiet ringsum abgesichert, Polizeistreifen mit Hunden, die Zivilen traten sich gegenseitig auf die Füße, im Stadion liefen Bullen und Feldjäger ständig Streife. Angesichts dessen war es lächerlich, wenn OB Branner in seiner Rede davon sprach, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung die bestehende Ordnung gegen extreme Kräfte verteidigen würde – wer die bestehende Ordnung verteidigt, daß war ja wohl angesichts des riesigen Polizeiaufgebots keine Frage! Zu dieser Schau kamen kaum Leute (200-300). Das alles zeigt, wie der Staatsapparat zunehmend die Faschisierung vorantreibt, es zeigt, wie die Herrschenden immer größere Angst vor den Kämpfen des Volkes bekommen.

Interessant und wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß fortschrittlichen und revolutionären Organisationen ein Hausverbot für öffentliche Räume angedroht wird, weil in „Gemeinschaftshäusern Störaktionen vorbereitet würden". Das ist ein klarer Angriff auf diese Organisationen und es wird darauf ankommen, hier einen entschiedenen Kampf gegen diese Drohungen zu führen.

Rot Front! Genossen aus Kassel

KIEL

Liebe Genossen!

Vor einigen Tagen erhielten wir einen Brief aus der VR China. Er ist von einem englischen Genossen geschrieben. Dieser Genosse hat in den Reihen des Britischen Bataillons der Internationalen Brigaden am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. Seit 1949 unterrichtet er chinesische Studenten am Frendsprachen-Institut Nr. 1 in Peking in englischer Sprache. Über einen österreichischen Freund bekam der englische Genosse zufällig das im Rotfront-Verlag erschienene „Liederbuch der Internationalen Brigaden" in die Hände. Er hat sich sehr über diesen Nachdruck gefreut und sich dabei an seine spanische Kampfeszeit erinnert. Der englische Genosse war so begeistert, daß er gleich einen Scheck geschickt und einige Liederbücher bestellt hat. Er will mit seinen chinesischen Studenten die Lieder der Internationalen Brigaden in verschiedenen Sprachen singen.

Wir haben uns über diesen Brief sehr gefreut, nicht nur, weil er zeigt, daß unsere Bücher über die ganze Welt Verbreitung finden, sondern vor allem, weil daraus der tief empfundene Geist des proletarischen Internationalismus spricht.

Rot Front! Verlagskollektiv

KIEL

Liebe Genossen! Neulich hatte ich folgendes Erlebnis:

Um 6 Uhr stand ich mit mehreren Kollegen von Elac am ZOB und wartete auf unseren Betriebsbus. Plötzlich fiel eine der Kolleginnen um und war ohnmächtig.

Direkt gegenüber von der Bushaltestelle, auf der anderen Straßenseite ist die Chirurgische Klinik Dr. Jensen, Unfallambulanz. Eine Kollegin lief sofort dahin, um Hilfe zu holen, denn von uns wußte keiner, was man da tun muß. Sie sagte, daß gleich jemand kommt. Wir warteten und warteten, doch keiner kam. Wir waren ziemlich ratlos, weil wir wußten, daß man Ohnmächtige nicht einfach hochnehmen darf.

Wieder ging jemand rüber und kam mit der Nachricht zurück: „Es ist niemand da, der dafür zuständig wäre." Zwei Krankenschwestern standen vorne im Eingang und durften die Klinik nicht verlassen.

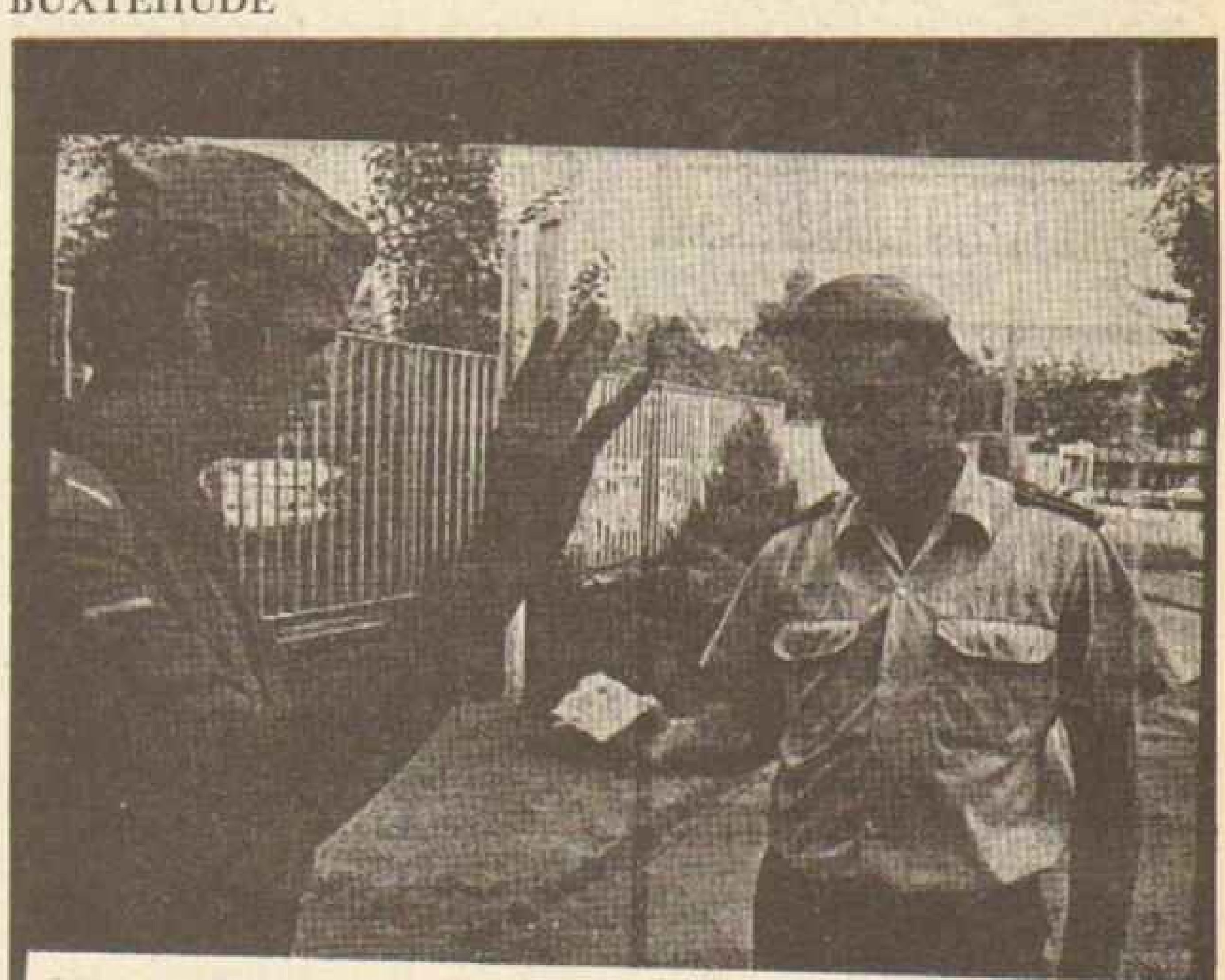
Endlich kam unser Bus. Wir baten nun den Busfahrer, über Funk einen Krankenwagen zu rufen. Als der endlich kam, war insgesamt eine viertel Stunde vergangen, wo die Frau auf den kalten Steinen lag.

Das ist medizinische Versorgung im Kapitalismus: Da kannst du vorm Eingang zur Klinik verrecken, ohne daß dir geholfen wird. Die Kollegen im Bus waren sehr sauer.

Die ohnmächtige Kollegin war lange Zeit krank gewesen und war vor 2 Tagen wieder angefangen zu arbeiten, weil man ihr angedroht hatte, sie sonst zu entlassen.

Rot Front! Eine Kollegin von Elac

BUXTEHUDE



DER AUFMERKSAMKEIT EINES WACHSOLDATEN hat es Feldwebel Ernst Aust, Rechnungsführer bei der Stabskompanie 3. Panzerdivision in Buxtehude zu verdanken, daß er seinen Dienst nicht pünktlich antreten konnte. Bei der Ausweiskontrolle „stolperte" der Wachsoldat über seinen Namen. „Ernst Aust, das ist doch der Chef der Hamburger KPD/ML", dachte sich der Gefreite, „der ist doch erst vor ein paar Tagen von einem Gericht verknackt worden." Nach einem prüfenden Blick sagte er dann: „Ne, hier kommen Sie nicht rein. Hier gibt's auch nichts zu spionieren." Erst nachdem ein Vorgesetzter den Gefreiten davon überzeugt hatte, daß es sich hier nicht um den Ernst Aust handelte, durfte der Feldwebel seinen Dienst antreten.



HAMBURG

Im letzten Jahr hatte in Hamburg ein Prozeß gegen den Nazi-Verbrecher Hahn stattgefunden. Hahn, den die Warschauer Bevölkerung damals den Henker nannte, ist verantwortlich für den Abtransport von 300 000 Juden aus dem Warschauer Getto in Vernichtungslager. Während des Prozesses hatte Hahn die Stirn besessen zu erklären: „Ich war gegen die physische Vernichtung der Juden und ich habe nach dem Krieg gesagt: Gott sei Dank, daß ich mich nur mit politischen Widerstandskämpfern abzugeben hatte . . ."

Hahn wurde zwar damals verurteilt, aber daß solche Urteile, wenn sie überhaupt einmal gefällt werden, nichts mit einer „antifaschistischen Gesinnung" der Justiz zu tun haben, zeigt das Nachspiel, das dieser Prozeß jetzt fand.

Angeklagt war ein Westberliner Rentner. Er, damals Zuschauer beim Prozeß, hatte Hahn gefragt: „Wie können Sie jetzt schweigen, wo Sie doch so große Verbrechen begangen haben?" Hahn hatte den alten Mann daraufhin angebrüllt: „Scheren Sie sich zum Teufel!" Daraufhin hatte der Rentner, wie er jetzt vor Gericht sagte, empört über diesen Herrschaftston, Hahn mit seinem Schirm verprügelt. Jetzt stand er vor Gericht, angeklagt wegen gefährlicher Körperverletzung. Das Urteil: 400 DM Geldstrafe für den Rentner. Die Begründung des Richters: "Unrecht darf nicht mit Unrecht vergolten werden."

Mit anderen Worten: wer sich gegen einen tausendfachen Massenmörder, der auch heute kein Hehl aus seiner faschistischen Gesinnung macht, empört, ist ein Verbrecher. Was kann deutlicher zeigen, was von unserer „demokratischen" Justiz zu halten ist?

FÜRTH

Zwei Genossen hatten dem wegen seiner Teilnahme am Streik der türkischen Arbeiter bei Dynamit Nobel inhaftierten türkischen Kollegen Tarhan regelmäßig geschrieben und ihm den ROTEN MORGEN geschickt. Gegen beide Genossen wurde jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen „übler Nachrede" u. a. eingeleitet. Außerdem erhielten sie eine Benachrichtigung, daß insgesamt 8 Nummern des ROTEN MORGEN, 4 Nummern der „Roten Fahne" und 2 Nummern der ROTEN GARDE beschlagnahmt wurden.

BREMEN

In Bremen findet zur Zeit ein Prozeß gegen den Kandidaten der GRF (KPD) zur Bürgerschaftswahl in Bremen, Professor Jens Scheer und zwei weitere Genossen statt, weil sie an der Verhinderung einer Gründungsversammlung des RCDS an der Universität Bremen beteiligt gewesen sein sollen. Während die Verhandlung noch andauert, wurde Professor Scheer jetzt vom Dienst suspendiert und erhielt Hausverbot.

KÖLN

In Köln stehen zur Zeit 10 Genossen vor Gericht, die im Zusammenhang mit einer Demonstration der GRF (KPD) gegen die Wiederaufnahme der Bombardierungen der Demokratischen Republik Vietnam wegen „Landfriedensbruchs" angeklagt sind. In der ersten Instanz waren die Genossen zu insgesamt 7 Jahren und 9 Monaten Gefängnis – zum größten Teil ohne Bewährung – verurteilt worden. Mit welchem Terror die Klassenjustiz auch jetzt in der Berufungsverhandlung vorgeht, zeigte sich am siebten Verhandlungstag. Am Abend vorher war einer der angeklagten Genossen in seiner Wohnung verhaftet worden. Der Richter des ersten Prozesses hatte den Haftbefehl ausgestellt, um so während der Berufungsverhandlung 6 Tage Haft aufgrund von Ordnungsstrafen aus dem ersten Prozeß gegen den Genossen vollstrecken zu lassen.

DARMSTADT

Am 26.9.75 fand in Darmstadt ein Prozeß gegen drei Genossen statt. Vorausgegangen waren Strafbefehle über insgesamt 1 400 DM wegen „Beleidigung", weil die Genossen ROTE MORGEN zum Mord an Günter und Flugblätter dazu verteilt haben sollen. Der Prozeß endete mit Freispruch, da sich herausstellte, daß die Sache verjährt war.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

Duisburg: Prozeß gegen H.Brenner

Der Terroreinsatz der Polizei wird aufgerollt

In der vergangenen Woche wurde vor dem erweiterten Schöffengericht in Duisburg der Prozeß gegen Genossen H. Brenner fortgesetzt. Kernstück der Verhandlung, für die neun Anklageschriften zusammengezogen worden waren, sind die Vorfälle vom 5. Juni 1974 im Duisburger Arbeitsgericht, bei denen unser Genosse Günter Routhier einem faschistischen Polizeieinsatz zum Opfer fiel.

Die zweite Prozeßwoche stand im Zeichen der Vernehmung jener Polizisten der Kripo (politisches Kommissariat), des Gemeinsamen Sonderkommandos (GSK) und des Schutzbereiches III, die damals den Terroreinsatz im Arbeitsgericht durchgeführt und geleitet hatten. Wie schon beim Prozeß gegen Pit Routhier, dem Sohne Günter Routhiers, sollten also auch hier die Mörder Günters als „Zeugen" die Anklage untermauern. So wie Genosse Pit bereits 7 Monate Gefängnis erhielt, so soll auch Genosse Brenner zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden. Durch ihre Aussagen sollen die Polizeimörder Genossen Brenner der Verunglimpfung der BRD, der Volksverhetzung, des Widerstands gegen die Staatsgewalt, der Körperverletzung und anderer sogenannter „Straftaten" überführen.

Anstatt jedoch sich zu „verteidigen", wie die Klassenjustiz es sich wünschte, nutzte Genosse Brenner den Umstand, daß die Polizeischergen, wie auch er selbst, zu den Vorfällen im Arbeitsgericht Stellung zu nehmen hatten, um immer wieder das Bild des terroristischen Polizeieinsatzes aufzurollen und den Mord an Genossen Günter anzuprangern und um gegen die Mörder und das kaptalistische System Anklage zu erheben. Genosse Brenner, der stets von einer großen Anzahl von Genossen und anderen fortschrittlichen Menschen im Gerichtssaal unterstützt wurde, ließ sich daran durch die ständigen Drohungen, Repressalien und 'Zermürbungsmaßnahmen der Richter und des Staatsanwaltes nicht hindern. Im Gegenteil: umsomehr entlarvte der Genosse das Klassengericht und das verbrecherische Wesen dieses Ausbeuterstaates.

Die Polizeischläger offenbarten bei ihren Auftritten im Zeugenstand ihre ganze Niedertracht und kriminelle Haltung. Den Gipfel leistete sich dabei Riede, der inzwischen für seine „Verdienste" befördert wurde und vom Duisburger 14. Kommissariat ins Landeskriminalamt nach Düsseldorf überwechselte. **Er scheute sich nicht, in Anwesenheit der Frau und des Sohnes Günter Routhiers bei seiner „Zeugenaussage" höhnische Bemerkungen darüber zu machen, wie „komisch" der Anblick Günter Routhiers doch gewesen sei, nachdem er durch Polizisten brutal in die Stuhlreihen des Arbeitsgerichtssaales geschleudert worden war. Genossin Rotraut Routhier erlitt durch diese ungeheuerliche Provokation seitens eines an der Ermordung ihres Mannes Beteiligten einen seelischen Schock.** Richter und Staatsanwalt jedoch versuchten noch nicht einmal den Anschein zu erwecken, als seien sie über dieses unglaubliche Auftreten des Herren Riede empört.

Auf der anderen Seite bombardierten diese Herren den Genossen Brenner und auch das empörte Publikum ständig mit Zurechtweisungen und Drohungen. Als Genosse Brenner einmal während der verlogenen Aussage eines Polizeischergen ein ironisches Wort dazwischenwarf, verhängte das Gericht kurzerhand eine Ordnungsstrafe von 300 DM, ersatzweise drei Tage Haft gegen den Genossen.

Schon jetzt wurde dieser Prozeß, in dessen Verlauf das Gericht gezwungen war, die abscheuliche volksfeindliche Fratze der bürgerlichen Klassenjustiz zu offenbaren, zu einem Bumerang für die Bourgeoisie, zu einem revolutionären Tribunal gegen das kapitalistische System und den modernen Revisionismus. Die Partei, die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS und die ROTE GARDE sorgten dafür, daß die Öffentlichkeit nicht auf die Zuschauer des stets vollbesetzten Gerichtssaals beschränkt blieb. Durch intensive Agitation und Propaganda, durch Flugblätter und Plakate, die über den Prozeßverlauf informierten, wurden immer wieder neue Menschen mobilisiert, die sich mit uns im Kampf gegen diesen Angriff der Bourgeoisie solidarisierten, z. B. indem sie zu den Prozeßterminen kamen oder auch für den Kampf gegen die politische Unterdrückung spendeten. Z. B. kam am letzten Donnerstag zum Prozeß eine ganze Gruppe von Schülern aus jener Mittelschule, in der Genossin B. Kohnke zuletzt unterrichtete, bevor sie Berufsverbot erhielt, weil sie die Schüler über den Polizeimord an Genossen Günter aufgeklärt hatte. Diese Schüler wollen uns auch in den kommenden Wochen unterstützen. Der Kampf wird weitergeführt und noch breitere Bevölkerungsschichten werden uns aktiv unterstützen.

Freiheit für Genossen Brenner! Freispruch in allen Routhier-Prozessen!

Die weiteren Prozeßtermine:

Freitag, 3. 10., 10 Uhr und voraussichtlich Montag, 6. 10., 9 Uhr, Dienstag, 7. 10., 14 Uhr.

Alle Termine im Amtsgericht Duisburg, Raum 179, 1. Stock.

Warum muß der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats weitergeführt werden?

Fortsetzung von Seite 7

Bündnispartner der Arbeiterklasse. Sie können nicht einfach enteignet werden wie die Kapitalisten. Außerdem ist die Entfaltung der Produktivkräfte vor allem in der Landwirtschaft nicht weit genug für eine vollständige Vergesellschaftung vorangeschritten. Der Versuch, die Sektoren der Kleinproduktion, vor allem der Landwirtschaft, genauso zu behandeln wie die industrielle Großproduktion, würde so einerseits das Bündnis von Arbeitern und Bauern sprengen, andererseits zu einem wirtschaftlichen Fiasko führen. Die Masse der Kleinproduzenten muß also schrittweise auf den Weg der Kollektivierung geführt werden.

So gibt es im Sozialismus noch zwei Formen des sozialistischen Eigentums das Volkseigentum und das Kollektiveigentum (z. B. Volkskommunen). Die Eigentümer, der Staat und die Kollektive, tauschen ihre Produkte als Waren aus. Diese Warenbeziehungen sind natürlich nicht mehr wie im Kapitalismus Beziehungen zwischen Ausbeutern und der Ausgebeuteten, sondern sie vollziehen sich auf der Grundlage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern bei Aufbau des Sozialismus. Aber es bleibt ein Warenaustausch nach dem Prinzip des Tausches von gleichen Werten, der – wie wir gesehen haben – die Entstehung von Ungleichheit in sich birgt und spontan die Tendenz hervorruft, die Gesellschaft in arm und reich zu spalten. So finden die Volkskommunen natürlich verschiedene Bedingungen vor. Auf schlechtem Boden muß zur Herstellung eines Zentners Weizen mehr Arbeitszeit aufgewendet werden als auf gutem usw. Die Produktivität der Arbeit ist in der Stadt (Industrie) wegen der fortgeschritteneren Entfaltung der Produktivkräfte höher als auf dem Land. Daraus resultiert die Gefahr der Ausbeutung des Landes durch die Stadt. Auf dem Boden der Produktion für den Austausch findet auch die kapitalistische Ideologie des Privateigentums ständig neue Nahrung. Besonders natürlich bei manchen Leuten, die sich durch bestehende Ungleichheiten privilegiert sehen und darum vor allem die Muttermale der alten Gesellschaft mit allen Mitteln verteidigen wollen, statt für ihre Einschränkung zu kämpfen. Wohin das führt, zeigt das Beispiel der Sowjetunion, wo die Ausweitung des ‚freien Marktes, Maßnahmen gegen die weitere Kollektivierung der Landwirtschaft usw. erste Schritte waren auf dem Weg der Restauration des Kapitalismus.

Genosse Mao Tsetung weist darauf hin, daß auch der **Austausch mittels Geld** eine Quelle für das Entstehen von Kapitalismus ist. Auch in China bezahlt man, was man im Geschäft kauft, mit Geld. Trotzdem ist es ein großer Unterschied. Im Kapitalismus kann man mit Geld alles kaufen, selbst die Arbeitskraft. Je mehr Geld man besitzt, desto reicher ist man, desto größere Macht hat man. Das Geld wird konzentriert in den Händen der Kapitalistenklasse, in Kapital verwandelt und von den Kapitalisten eingesetzt, um durch die Ausbeutung der Arbeiter noch mehr Kapital anzuhäufen. Im Sozialismus dient das Geld zur Verteilung der Produkte gemäß der Leistung. Aber auf der Grundlage bestehender und immer wieder neu entstehender Ungleichheiten eröffnet der Austausch mittels Geldes bestimmten Leuten, die den kapitalistischen Weg gehen wollen, die Möglichkeit, auf legale und illegale Weise Geld an sich zu raffen und danach zu trachten, es in Kapital zu verwandeln, es also – natürlich gegen die Gesetze des proletarischen Staates – zur Ausbeutung anderer zu verwenden.

Unter den Erscheinungen des bürgerlichen Rechts nennt der Vorsitzende Mao auch das in China vorwiegend praktizierte **8-stufige Lohnsystem.** Wird im Sozialismus aber nicht jeder gleich behandelt? Gilt nicht das Prinzip **„Jeder nach seiner Fähigkeit, jedem nach seiner Leistung"**? Dieses Prinzip wird natürlich verwirklicht. Aber damit ist nicht jede Ungleichheit ausgeräumt. Karl Marx sagt dazu: *„Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitsleistungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit und kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere, aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.'*

DAS BÜRGERLICHE RECHT KANN UNTER DER DIKTATUR DES PROLETARIATS NUR EINGESCHRÄNKT WERDEN

In seiner Weisung zum Studium der Diktatur des Proletariats weist der Vorsitzende Mao darauf hin: *„Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden."* Damit ist zweierlei gesagt: einmal bedeutet das, daß das bürgerliche Recht unter der Diktatur des Proletariats nicht vollständig abgeschafft werden kann. Schon Karl Marx hat festgestellt: *„Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft*



Am 1. Oktober 1949, vor 26 Jahren, rief Genosse Mao Tsetung auf dem Tiananmen die Volksrepublik China aus.

nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." Das eben macht ja den Sozialismus als Übergangsgesellschaft aus, daß in ihm erst die Bedingungen für den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft, in der jeder nach seinen Bedürfnissen lebt und die Arbeit zum ersten Bedürfnis geworden ist, geschaffen werden.

Zum anderen aber betont Genosse Mao Tsetung mit dieser Feststellung, daß es für die Arbeiter und Bauern keinen anderen Weg nach der Eroberung der politischen Macht gibt, als ständig den Kampf für die Einschränkung des bürgerlichen Rechts zu führen. Die kapitalistischen Faktoren müssen soweit bekämpft werden, daß sie stets auf das unvermeidliche Maß beschränkt bleiben. Die Arbeiter und Bauern müssen auf dem Weg zum Kommunismus immer bis an die äußerste Grenze, die durch die objektiven Bedingungen gezogen ist, vorwärtsstürmen. Auf halbem Wege stehen bleiben bedeutet, daß die kapitalistischen Faktoren wie Krebsgeschwüre zu wuchern beginnen, daß die neuen bürgerlichen Elemente erstarken, daß die Macht der Arbeiter und Bauern brüchig wird. **Die von Vorsitzenden Mao eingeleitete Massenbewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats ist ein großer Sieg der Arbeiter und Bauern Chinas im Kampf für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats. Sie ist eine große Ermutigung für die revolutionären Arbeiter in der ganzen Welt, weil sie ihnen aufs neue zeigt, daß auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre über die Diktatur des Proletariats die Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie verhindert werden kann.**

Interview mit einer Prozeßbeobachterin

Nach 2 1/2stündiger Prozessdauer 5 Todesurteile

11 Antifaschisten und Patrioten wurden in den letzten Wochen in Spanien zum Tode verurteilt. 5 von ihnen wurden erschossen, 6 zu lebenslanger Haft begnadigt. In einem weiteren Prozeß wurden 4 Genossen der FRAP zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Bei zweien dieser Prozesse waren ein westdeutscher Rechtsanwalt und seine Übersetzerin anwesend. Der ROTE MORGEN hatte Gelegenheit, der Übersetzerin einige Fragen über die politische Verfolgung in Spanien und den Verlauf der Prozesse zu stellen.

RM: In den letzten Wochen haben wir von vielen Verhaftungen in Spanien gehört. Du warst erst kürzlich dort.Wie ist die Situation?

R.: Seit dem 14. Juli hat die faschistische Diktatur in Spanien erneut mit der Jagd auf Revolutionäre und Antifaschisten begonnen. Allein in Madrid wurden bis Anfang September 36 Verhaftungen von Personen gemeldet, denen vorgeworfen wird, Mitglieder der FRAP zu sein. In Barcelona wurden in nur einem Monat 76 Personen, denen vorgeworfen wird, Mitglieder von revolutionären Organisationen zu sein, darunter etwa 20 wegen angeblicher Zugehörigkeit zur FRAP, verhaftet. Als Anlaß für diese Hatz gab die faschistische Dikatatur die Hinrichtung von 4 verhaßten Polizeischergen an. Aber es geht ihr nicht vor allem um die 4 Polizisten, es geht ihr darum, das Volk einzuschüchtern und einen Schlag gegen die revolutionären Organisationen, die FRAP und die PCE/ML, die die Kämpfe des spanischen Volkes anführen, zu führen.

RM: Bei welchen Prozessen warst Du anwesend?

R.: Zuerst bei dem Prozeß gegen die Genossen Jose Luis Diaz Fernandez, Jesus Diz Gomez, Jorge Diz Gomes und Enrique Aguilar Benitez del Lugo. Er fand am 16. 9. vor dem Tribunal des Orden Publico in Madrid statt. Die Genossen sind seit 1973 in Haft. Ihnen werfen die Faschisten vor, führende Mitglieder der FRAP und der PCE/ML zu sein.

Als wir nach vielen Schikanen in den Gerichtssaal kamen, saßen die Angeklagten bereits von je zwei „Grauen" bewacht, auf der Anklagebank.

Als sie zu ihrer Person und zur Anklage befragt wurden, bekannten sie sich zur FRAP und zur PCE/ML, sagten, daß sie in diesen Organisationen an der Basis gearbeitet hätten, daß man sie unter Folter gezwungen habe, Geständnisse zu unterschreiben, daß sie diese Geständnisse nun aber widerrufen und nicht bereit seien, weitere Aussagen vor diesem Gericht zu machen. Im Verlauf des etwa zweieinhalbstündigen Prozesses, wieso die Anwälte, deren Beweisanträge vom Gericht alle abgelehnt worden waren, nach, daß gefälschte handschriftliche Geständnisse als Grundlage der Anklage genommen worden waren. Es lagen zwei graphologische Gutachten vor. Aber die Ausführungen der Verteidiger interessierten das Gericht gar nicht, es blieb bei seinen Anschuldigungen, ohne dafür Beweise zu erbringen und verurteilte die Genossen Jose Luis Diaz Fernandez zu 18 Jahren, die Brüder Diz Gomez zu je 15 Jahren und Enrique Aguilar zu 6 Jahren Gefängnis. Zum Schluß des Prozesses riefen die Angeklagten: Nieder mit den Todesurteilen! Weg mit der Folter! Für die Republik! Der Saal wurde in aller Eile geräumt, und die Verwandten der Angeklagten durften diese nicht umarmen.

Gleichzeitig am 16. 9. mittags wurde bekannt, daß am nächsten Tag in der Panzerkaserne El Goloso ein Militärtribunal „sumarissimo" gegen Jose Luis Sanchez Bravo, Ramon Garcia Sanz, Manuel Canaveras, Jose Fontria, Concepcion Tristan Lopez und Maria Jeses Casca Penelas stattfinden sollte. Bis dahin war lediglich bekannt gewesen, daß zwischen dem 14. und 21. 9. ein Prozeß gegen 6 der bis Anfang September in Madrid verhafteten Genossen stattfinden sollte. Diesen Genossen wurde vorgeworfen, den hochdekorierten Leutnant der Guardia Civil, Pose, hingerichtet zu haben. Da viele der Angeklagten noch keinen Anwalt hatten, trafen sich Madrider Anwälte, bestimmten Verteidiger und Ersatzverteidiger. Sie wurden für den Nachmittag bzw. für die Nacht in die Gefängnisse geladen und erfuhren dort zum ersten Mal Einzelheiten über den Prozeß, konnten zum ersten Mal mit ihren Mandanten reden und bekamen vier Stunden Zeit, um die 282 Seiten starke Ermittlungsakte zu lesen. Das alles mußte in den Gefängnissen geschehen.

Aus verschiedenen Gründen, unter anderem weil das neue „Terrorgesetz" Decreto Ley, das erst etwa zwei Wochen nach der Tat verabschiedet worden war, für diesen Prozeß angewandt werden sollte, stellten die Verteidiger von 5 Angeklagten, für die der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, verschiedene Anträge und lehnten es ab, ihre Verteidigungsschrift einzureichen und sich so für den Prozeß zu „qualifizieren". Die Verhandlungen zwischen Verteidigern und Militärgericht über diese Fragen dauerten die ganze Nacht und den folgenden Tag bis nachmittags an.

Als wir zum Prozeß gingen, sahen wir schon an der Straße, die nach El Golboso führte, die ersten Posten von Militärpolizei oder Grauen. Alle hatten die MP's im Anschlag. Nach anfänglichen Schwierigkeiten durften ein westdeutscher Rechtsanwalt und ich, praktisch als einzige Öffentlichkeit, die über die Angehörigen und die Journalisten hinausging, in die Kaserne.

Wir wurden von vielen Militärpolizisten bewacht und hatten auf dem Kasernengelände nur sehr begrenzte Möglichkeiten, uns zu bewegen. Zu den Toiletten wurden wir von einem Militärpolizisten, der seine MP schußbereit hielt, geführt. Nach vielen Stunden Wartezeit, wo wir von verschiedenen Angehörigen hörten, wie die Genossen gefoltert worden waren, daß von einem auch die Frau verhaftet worden sei, erfuhren wir am Nachmittag, daß der Richter den Anwälten nun den Befehl erteilt habe, sich entweder sofort für den Prozeß zu „qualifizieren" oder er würde sie ausschließen. Angesichts dieser Drohung fanden sich die Verteidiger zunächst bereit, an der Prozeßfarce teilzunehmen.

Um 16.30 wurde die Öffentlichkeit nach vorheriger eingehender Untersuchung nach Waffen, Fotoapparaten etc. in den etwa 10 m langen und 5 m breiten Prozeßsaal gelassen. Dort hatten sich viele Spitzel und Soldaten als „Zuschauer" eingefunden. Das Gericht thronte auf einem mit dunkelrotem Samt ausgelegten Podest, ihm zu Füßen die gefesselten Angeklagten, jeder von zwei „Grauen" mit MP bewacht. Es gab einen Lautsprecher, der nur die Stimmen des Anklägers und des Untersuchungsrichters deutlich hörbar übertrug. Als die Anklage verlesen wurde, stellten die Anwälte ihre Anträge erneut und wurden daraufhin bis auf einen vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Fünf Offiziere, alles juristische Laien, übernahmen nun die Verteidigung der Genossen, die zum Tode verurteilt werden sollten. Die Angeklagten bekannten sich alle bis auf Fontria zur FRAP, berichteten über die Folter, die sie erlitten hatten und widerriefen ihre Geständnisse, da sie erfoltert seien.

Schon nach einer Stunde wurde der Prozeß unterbrochen, da sich die Militärverteidiger erst in die Untersuchungsakte einlesen mußten. Als er fortgesetzt wurde, hielt der Staatsanwalt sein Plädoyer. Er argumentierte, daß die Hinrichtung des Guardia Civil ein Akt des klassischen Terrorismus sei, und daß das Gericht wegen seiner Verantwortung für den Staat und dessen bewaffneten Kräfte die volle Härte zeigen solle. Außerdem habe sich die FRAP zu dieser Tat bekannt und die Angeklagten sich zur FRAP. Das wäre schon ein wichtiger Beweis, ebenso wie die Geständnisse. Es sei deshalb auch nicht nötig, weitere Beweise oder Zeugen heranzuziehen.

Dann kamen die verlogenen Plädoyers der Militärverteidiger. Sie gingen alle davon aus, daß ihre Mandanten schon irgendwie an der Hinrichtung beteiligt gewesen seien, aber sie seien eben nicht voll verantwortlich und bei dem direkt Verantwortlichen müsse man berücksichtigen, daß er zwei geisteskranke Schwestern habe. Deshalb begnügten sie sich damit, für den größten Teil der Angeklagten hohe Gefängnisstrafen zu verlangen.

Am Schluß erhielten die Angeklagten noch einmal das Wort. Mutig erklärten sie diesen Prozeß gegen sie zu einer Farce, in der es weder eine Verteidigung noch einen Beweis gegeben habe. Schnell wurde der Saal geräumt und die Angehörigen, die nach vorne wollten, um ihre Söhne oder Töchter zu umarmen, wurden unter Androhung von Schlägen aus dem Saal gejagt.

Der ganze Prozeß dauerte nicht länger als zweieinhalb Stunden. Die Mutter und die Schwester eines Angeklagten wurden von Militärpolizei abgeführt, denn sie hatten es gewagt, laut gegen diese Farce zu protestieren.

Am nächsten Tag wurden die Urteile verkündet: fünf Todesstrafen und einmal 20 Jahre Gefängnis.

RM: Was ist Dein Eindruck von der Reaktion der Bevölkerung auf diese barbarische Unterdrückung?

R.: Die Gespräche mit Angehörigen haben gezeigt, daß man nicht auf den Schwindel der Diktatur reinfällt, bei diesen Genossen handele es sich um Terroristen. Sie sind davon überzeugt, daß es eine gerechte und gute Sache ist, für die ihre Söhne und Töchter, ihre Brüder und Schwestern kämpfen. Die Gespräche, die ich in Spanien geführt habe, haben gezeigt, daß es stimmt: Für jeden gefallenen Kämpfer stehen viele neue wieder auf. Daß das spanische Volk sich nicht vom blutigen Terror der Yankee-Franco-Diktatur einschüchtern läßt, zeigen am besten die Worte der Mutter eines zum Tode verurteilten: Wir brauchen keine Angst zu haben – aber die da –! Die werden uns zahlen, für jeden Einzelnen.

RM: Wir danken Dir für das Gespräch.

Proteste in vielen Ländern...

Überall rief die Ermordung der 5 spanischen Antifaschisten und Patrioten Empörung und Haß hervor. Massendemonstrationen und Aktionen gegen die spanischen Niederlassungen in den europäischen Ländern waren die Antwort auf diesen faschistischen Terror.



Kundgebung in Athen



Frankreich: In Frankreich fanden schon während der ganzen letzten Woche große Demonstrationen statt. Französische Docker boykottierten die spanischen Schiffe. In Toulouse brannte das spanische Konsulat. In Paris fand nach der Ermordung der 5 Genossen eine Demonstration statt, in deren Verlauf das spanische Eisenbahnbüro und spanische Reisebüros angegriffen wurden.

Niederlande: In Den Haag brannte der Dachstuhl des spanischen Konsulats.

Türkei: In Ankara wurde ein Sprengstoffanschlag auf die spanische Botschaft verübt.



Italien: Auch in Italien finden seit längerem ständig Protestdemontrationen statt. Italienische Docker boykottierten spanische Schiffe. Drei Tage lang wurden in Mailand spanische Flugzeuge nicht abgefertigt.



Portugal: In Lissabon wurde am Wochenende die spanische Botschaft in Brand gesteckt.



Belgien: In Brüssel wurde am Samstag die spanische Botschaft gestürmt.

Alle diese Aktionen fanden in zum Teil heftigen Auseinandersetzungen gegen die Polizei statt, die die Einrichtungen des spanischen Faschismus schützte.

...auch in Westdeutschland

Auch in der Bundesrepublik und in Westberlin kam es am Wochenende in fast allen größeren Städten zu Protestaktionen gegen die Ermordung der spanischen Genossen.

In Freiburg führten die Partei, die LIGA und der KSV bereits am Freitagabend von 0 Uhr bis 0.15 Uhr eine Kundgebung durch, die ein positives Echo bei den rund 100 Passanten fand. 2 Genossen wurden festgenommen. Bei einer anschließenden kurzen Demonstration wurde der Zug von Faschisten der „Kampfgruppe Priem" mit Fahrradketten u. ä. überfallen. Zur gleichen Zeit fand auch in Bonn vor der spanischen Botschaft, die mit Panzerwagen geschützt wurde, eine Demonstration statt.

Am Samstag wurden in zahlreichen Städten Kundgebungen durchgeführt. Zu – teils militanten – Demonstrationen kam es unter anderem in Karlsruhe, München, Westberlin, Freiburg, Bielefeld, Frankfurt.

Die Genossen berichten übereinstimmend von der großen Solidarität in der Bevölkerung mit den spanischen Kämpfern. So sammelten in Wattenscheid Genossen innerhalb von 2 Stunden am Samstag 24 Unterschriften gegen die spanischen Henker. An der Uni Kiel konnten in der letzten Woche 204 DM zur Unterstützung der FRAP gesammelt werden. In Würzburg konnten an einem Tag 180 Postkarten verkauft werden.



Kundgebung in Kitzingen

Protestresolution

Stellvertretend für die vielen Protestresolutionen, die uns wegen der Todesurteile gegen die spanischen Antifaschisten und Patrioten erreicht haben, möchten wir an dieser Stelle eine Protestresolution abdrucken, die uns, unterzeichnet von den inhaftierten Genossen Hubert Lehmann, Peter Bayer und Hans-Georg Schmidt erreicht hat:

„An die Antifaschistische, Revolutionäre und Patriotische Front des spanischen Volkes (FRAP)

An die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten

Durch unmenschliche Folter und konstruierte Beweise hat die spanische faschistische Klassenjustiz fünf Patrioten und Revolutionäre zum Tode verurteilt. Dies zeigt, daß sich das faschistische Franco-Regime nur noch durch unmenschlichen Terror gegen den Kampf des Volkes, das sich in der FRAP unter der Führung der PCE/ML zusammengeschlossen hat, behaupten kann. Aus deutschen Gefängnissen heraus, in welche uns die westdeutsche Bourgeoisie geworfen hat, weil wir unter Führung der KPD/ML gegen Friedensheuchelei und imperialistischen Krieg gekämpft haben, solidarisieren wir uns mit dem Kampf des spanischen Volkes und fordern:

Sofortige Aufhebung der Todesurteile!

Sofortige Freilassung aller patriotischen und revolutionären Gefangenen!

Fest gestützt auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus wird das spanische Volk ganz sicher den Sieg erringen.

Es lebe der Kampf des spanischen Volkes!

Es lebe die FRAP!

Es lebe die PCE/ML!

gez. Bernd Reissel

Hubert Lehmann Peter Bayer H.-Georg Schmidt Bernd Reisser

USA/Kalifornien

Wehgeschrei über neues Ford-Attentat

Zum zweiten Mal innerhalb von knapp zwanzig Tagen wurde in den USA versucht, auf den Chef des amerikanischen Imperialismus, Präsident Ford, ein Attentat zu verüben. Und wie noch immer, wenn einem Chef dieser verbrecherischen imperialistischen Macht eine Kugel gegolten hat, stimmte die Presse auch in unserem Land ein großes Geschrei auf ihren Titelseiten an – dieselbe Presse, die es kalt läßt, daß schon über Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen, den Verbrechen des US-Imperialismus auf der ganzen Welt wie im eigenen Land zum Opfer gefallen sind.

Doch anders als vielleicht noch zur Zeit Kennedys findet dieses Geschrei kaum das gewünschte Echo. Nach Jahren der verbrecherischen US-Aggression in Indochina, nach Watergate und CIA-Affären, sehen viele Menschen auch die Kugeln auf Ford als Ausdruck der Verkommenheit und der Verrottung des politischen Systems in den USA. Doch die bürgerliche Presse versucht selbst den Attentaten noch Lob für die Herrschaft des US-Imperialismus abzugewinnen: Die Attentate zeigten – so viele Kommentare –, daß Amerika so frei sei, daß man dort sogar die Freiheit zur Waffengewalt habe. Sicherlich, in den USA sind Waffen frei käuflich, doch kann diese „Freiheit" niemanden darüber täuschen, daß es die amerikanischen Imperialisten sind, die mit ihren Waffen und ihrem gesamten gegen das Volk gerichteten Gewaltapparat das Volk gewaltsam unterdrücken. **Und so ist es auch nicht der freie Verkauf von Pistolen, der die Grundlage für die Attentate abgibt, sondern es ist eben die Herrschaft der US-Imperialisten und ihres Systems, das Millionen Menschen die „Freiheit" gibt, ohne Arbeit, ohne Unterhalt im schwersten Elend zu leben.** Grundlage der Attentate ist ein System, das das amerikanische Volk nicht nur rücksichtslos ausbeutet und ausplündert, sondern auch blutig unterdrückt, in dem Streiks der Arbeiter oft gewaltsam niedergeschlagen, Studentenbewegungen mit Waffengewalt niedergehalten, die schwarze Bevölkerung zudem unter schwerer rassistischer Unterdrückung leben muß, Menschen auf Jahrzehnte in Gefängnisse gesteckt werden, weil sie sich gegen das verkommene System auflehnen, Revolutionäre durch von der Regierung unterstützte Agentenbanden mit Mord und Terror verfolgt werden. Daß sich die Widersprüche zuspitzen, daß die Unzufriedenheit unter den breiten Massen immer größer wird, daß sie zunehmend gegen dieses verkommene und verfaulte Ausbeuterregime aufstehen, erfolgt zwangsläufig.

Und da zeigt sich die andere Seite der Berichterstattung bei uns über die USA: Über das Attentat einer Manson-Anhängerin oder über eine Milliardärstochter Hearst wird spektakulär berichtet, um damit den Kampf des amerikanischen Volkes gegen den US-Imperialismus als Kampf von einigen wenigen Einzelgängern darzustellen und um damit so zu tun, als könne sich gegen das „freieste und demokratischste System der Welt" nur erheben, wer dekadent, verrückt und abstossend sei. Daß in Wirklichkeit aber gegen das dekadente und abstoßende System die amerikanische Arbeiterklasse in gewaltigen Kampfaktionen für die Erhaltung und Verbesserung ihrer Lebenslage kämpft, daß an vielen Fronten der Kampf für politische und soziale Rechte, insbesondere auch durch die schwarze Bevölkerung militant geführt wird, daß sich in den USA immer breiter eine revolutionäre Bewegung formiert, mit dem Ziel, den US-Imperialismus gewaltsam zu stürzen – all das wird natürlich in der Propaganda der westdeutschen Presse für dieses verkommene verbrecherische System und seine Führer wohlweislich verschwiegen.

VR China

Erneut 144 ehemalige Verbrecher freigelassen

Die Justizbehörden der VR China haben beschlossen, 95 ehemalige bewaffnete Spezialagenten Tschiang Kai-scheks und 49 ehemalige Mitglieder der Besatzung von bewaffneten Spionageschiffen zu begnadigen und freizulassen. Diese Entscheidung betrifft alle bewaffneten Spezialagenten und Mitglieder von Besatzungen bewaffneter Spionageschiffe der US-Tschiang-Kai-schek-Clique, die zwischen 1962 und 1965 gefangengenommen wurden.

Zwischen Oktober 1962 und September 1965 hat die US-Tschiang-Kai-schek-Clique systematisch bewaffnete Spezialagenten nach China geschickt, die dort Sabotage betreiben und Provokationen unternehmen sollten. Durch die hohe Wachsamkeit und ständige Kampfbereitschaft der Soldaten und der Bevölkerung der Küstenregionen gelang es jedoch, alle 43 Gruppen von bewaffneten Spezialagenten, die mit dem Schiff an Land gesetzt oder mit dem Fallschirm abgesprungen waren, gefangenzunehmen. Kein einziger entkam.

Die chinesischen Justizbehörden folgten bei der Behandlung der Gefangenen der Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung „Strafe verbunden mit milder Behandlung, Verbindung der Umerziehung durch Arbeit mit der ideologischen Erziehung." Durch diese Behandlung haben alle Gefangenen ihre Verbrechen gegen das Volk zugegeben und sich mehr oder weniger auf den richtigen Weg begeben. Deshalb haben die chinesischen Justizbehörden beschlossen, die 144 Gefangenen freizulassen.

Bereits im März waren auf Beschluß des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses alle inhaftierten Kriegsverbrecher begnadigt und freigelassen worden. Wie auch den Freigelassenen jetzt war ihnen Arbeit angeboten worden. Sie konnten wählen, ob sie auf dem Festland oder in Taiwan leben wollten. 10 der damals Freigelassenen hatten sich damals entschlossen, nach Taiwan zu ihren Familien zu gehen. Da aber die Tschiang-Kai-schek-Clique sie nicht in Taiwan einreisen ließ, waren sie gezwungen, sich zeitweilig in Hongkong aufzuhalten. Dort wurde einer von ihnen, Chang Tih-schih, von Agenten des Taiwaner Regimes ermordet. Drei von ihnen waren im September nach Peking zurückgekehrt und dort feierlich empfangen worden.

Sozialimperialisten gegen die Völker Afrikas

Moskau intensiviert seine Einmischung in Angola

In letzter Zeit verschärft der sowjetische Sozialimperialismus seine Machenschaften in Angola, und der von ihm geschürte Bürgerkrieg breitet sich von Luanda und Lobito auf viele andere Gebiete Angolas aus. Das ist eine große Gefahr für die Unabhängigkeit des angolanischen Volkes. Am 14. August kündigten die portugiesischen Behörden einseitig die Übernahme der administrativen Macht in ganz Angola an, weil die Übergangsregierung gespalten und gelähmt sei. Am 29. August gaben sie die Suspendierung des Abkommens von Alvor über die Unabhängigkeit Angolas bekannt.



Afrikanischer Freiheitskämpfer

Die drei Befreiungsorganisationen Angolas, die in den sechziger Jahren gegründet worden waren, einer Zeit des Aufschwungs der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, hielten alle am langdauernden bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft fest, trugen jede zur Sache der Befreiung und Unabhängigkeit Angolas bei und fanden auch bei der Organisation der Afrikanischen Einheit Anerkennung und Unterstützung. Obwohl es zwischen ihnen aus regionalen, aus Stammes- und historischen Gründen Differenzen gibt, hatten und haben sie ein gemeinsames Ziel: Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft und für die Unabhängigkeit Angolas. Im Januar dieses Jahres erzwangen sie vereint in Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung das Abkommen von Alvor über die Unabhängigkeit Angolas und bildeten gemeinsam eine Übergangsregierung.

Das angolanische Volk und die anderen afrikanischen Völker waren begeistert und froh über die Einheit der drei Organisationen und die Unabhängigkeit Angolas im kommenden November. Aber gerade in diesem wichtigen Augenblick haben sich die sowjetischen Sozialimperialisten offen eingemischt.

Die Sowjetrevisionisten haben sich eingemischt, um die Einheit der drei angolanischen Befreiungsorganisationen zu untergraben. TASS, „Prawda", „Iswestija" und „Neue Zeit" nennen eine Gruppe „revolutionär", „patriotische Kräfte", während sie die anderen zwei Gruppen als „reaktionär", „Rechtskräfte" und so weiter beschimpfen. Das tun sie nicht ohne Hintergedanken. Moskau ist auch nicht davor zurückgescheut, das Abkommen über eine Koalitionsregierung der drei Gruppen anzugreifen, indem es die „Übergabe der politischen Macht in die Hände der Vertreter patriotischer Kräfte" propagierte („Prawda" vom 15. Juli). All dies ist als Vorspiel zu einem ausgedehnten Bürgerkrieg in Angola gedacht.

Außerdem haben die Sowjetrevisionisten große Mengen von Waffen nach Angola geschafft, um eine Gruppe für die Bekämpfung der anderen zwei zu unterstützen. Der britische „Foreign Report" schrieb, daß „die Russen AK-47-Gewehre, Mörser, Raketenwerfer, Panzerwagen und Rakten vom Typ SAM-7 abgeladen haben, bestimmt für eine der Befreiungsorganisationen Angolas." „Ein Beobachter berichtete, daß seit Monaten jede Woche zwei Schiffsladungen Waffen (von der Sowjetunion) angekommen sind." Es ist beachtenswert, daß die Sowjetunion während der ganzen Periode des bewaffneten Kampfes des angolanischen Volkes gegen die portugiesischen Kolonialisten und für nationale Befreiung dieser angolanischen Befreiungsorganisation niemals solch große Mengen an Waffen geliefert hat. J. E. Pinnock, Mitglied des Politbüros der Nationalen Befreiungsfront Angolas, wies kürzlich darauf hin, daß heute, da Angola der Unabhängigkeit entgegengehe, die Sowjetunion eine der angolanischen Befreiungsorganisationen mit jenen Panzerwagen und Raketen ausstatte, die sie während der 15 Jahre des Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus niemals geliefert habe. Überdies hat die Sowjetunion Militärpersonen nach Angola geschickt, um hinter den Kulissen zu arbeiten und militärische Operationen zu leiten, wodurch sie sich direkt in den Bürgerkrieg Angolas verwickelt haben. **Berichten zufolge schossen sowjetische Kriegsschiffe im Hafen Lobito an der Westküste Angolas vor kurzem Raketen gegen die Truppen einer anderen Befreiungsorganisation Angolas ab.**

HEIMTÜCKISCHE ABSICHTEN

Die sowjetischen Revisionisten gieren seit langem nach Angola, das reiche Bodenschätze besitzt und eine strategisch wichtige Lage hat. Sie versuchen, den Augenblick, in dem das angolanische Volk die portugiesischen Kolonialisten aus seinem Land vertreibt, zu nutzen, um ihren Fuß auf Angola zu setzen und Angola in ihr neokolonialistisches System einzubeziehen. Eine westliche Zeitung schrieb: *„Das Hauptziel der Strategie der Sowjetunion ist es, für ihre Marine Zutritt zu Angolas Häfen zu erlangen und im südwestlichen Afrika eine Einflußsphäre zu errichten, wo sie bis jetzt keine hat."* Die kenianische Zeitung „Sunday Nation" brandmarkte die Sowjetunion wegen ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas und erklärte, was die Supermächte *„üblicherweise von Afrika wollen, ist die Ausplünderung der Mineralressourcen des Kontinents und die Errichtung von Militärstützpunkten in Afrika."*

In der ausgezeichneten Situation, in der die afrikanischen Völker vereint gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus kämpfen, verfolgt die Sowjetunion mit ihrer Einmischung in Angolas Angelegenheiten ihr heimtückisches Ziel, die afrikanische Einheit zu unterminieren. Die sowjetischen Revisionisten haben Angst vor der Einheit der afrikanischen Völker. Sie lassen nichts unversucht, um die Differenzen zwischen den afrikanischen Ländern in dieser oder jener Frage auszunutzen und zu vergrößern, und aus dem Durcheinander, das sie verursachten, Kapital zu schlagen.

Das Volk von Angola ist über die Intrigen der Sowjetunion in Angola aufs äußerste empört, und sie wurden von der öffentlichen Meinung in Afrika aufs strengste verurteilt. Ein Angolaner sagte: Gäbe es keine sowjetische Einmischung, würde die Situation im Land bei weitem anders aussehen. Viele afrikanische Länder sind über die Situation in Angola sehr besorgt. Die kürzlich in Kampala abgehaltene Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit beschloß, zwischen den drei angolanischen Befreiungsorganisationen in ihren Differenzen zu vermitteln und die Einheit zwischen ihnen zu fördern, um die Unabhängigkeit Angolas zu verwirklichen.

Angola gehört dem heldenhaften angolanischen Volk. Die Intrigen der sowjetischen Revisionisten zur Spaltung und Kontrolle Angolas werden eine schmähliche Niederlage erleiden.

(aus Peking Rundschau 36/75)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Unter Führung der Revolutionären KP Chiles

Mutige Aktionen der "Front des Volkes" gegen die Feinde

Trotz des grausamen faschistischen Terrors setzen die chilenischen werktätigen Massen, die wahren Patrioten und Revolutionäre tapfer und in verschiedenen Formen und mit verschiedenen Mitteln ihren antifaschistischen Widerstand und Kampf gegen die Militärjunta und deren Unterstützer, die amerikanischen Imperialisten,fort.

Wie gemeldet wird, haben revolutionäre Kräfte unlängst eine Reihe verschiedener bewaffneter Aktionen durchgeführt und Konzentrationen und Positionen des Feindes angegriffen. Die Arbeiterklasse setzt die Streiks fort und legt dadurch die Arbeit in verschiedenen Betrieben in mehreren Städten lahm. Immer wieder werden in den Dörfern und Städten Chiles tausende Flugblätter verteilt, die das Volk aufrufen, den Widerstand gegen die faschistische Pinochet-Clique zu verstärken.

Eine immer größere und aktivere Rolle bei der Organisierung des antifaschistischen Widerstands des chilenischen Volkes spielt die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, das chilenische Volk in einer Einheitsfront zusammenzuschließen zum Kampf, um die Diktatur zu stürzen und den hinter ihr stehenden amerikanischen Imperialismus zu vertreiben.

Infolge der unermüdlichen Arbeit der chilenischen Marxisten-Leninisten, aller Antifaschisten und Antiimperialisten im chilenischen Volkswiderstand, nimmt die Front des Volkes Form an, die ohne Unterschied alle die gegen die Diktatur kämpfenden Patrioten und Revolutionäre aufnimmt. Die Front des Volkes ruft das ganze Volk auf, sich zu vereinigen und zu organisieren um gegen die Diktatur zu kämpfen, sie zu stürzen und eine demokratische, fortschrittliche Volksregierung zu schaffen.

In diesem Rahmen sind im ganzen Land in Fabriken, Bergwerken, Dörfern, Schulen usw. tausende illegale Widerstandskomitees geschaffen worden, die eine große Arbeit leisten, um den antiimperialistischen Klassenkampf der chilenischen Werktätigen voranzutreiben. Die Hauptaufgabe der Widerstandskomitees besteht darin, die Aktionen der Massen zu organisieren und zu leiten, Propaganda gegen die Diktatur zu betreiben um den werktätigen Massen die Unterschlagungen und Verbrechen aufzuzeigen, die die Junta gegen das Volk begeht.


el pueblo
ORGANO DEL PARTIDO COMUNISTA REVOLUCIONARIO
SANTIAGO DE CHILE AÑO VI

„el pueblo", das in Chile unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur illegal erscheinende Organ der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles.

Die Widerstandskomitees haben mutige Aktionen organisiert. **Zum Beispiel verteilten kürzlich antifaschistische Kämpfer trotz strenger Polizeikontrollen im Zentrum von Santiago tausende Flugblätter mit Kampfparolen.**

Bei ihrer Tätigkeit um das chilenische Volk gegen die faschistische Diktatur zu organisieren und zusammenzuschließen, legt die Revolutionäre KP Chiles besonderen Wert auf den Kampf zur Entlarvung und Zerschlagung der Reformisten und Revisionisten, die versuchen, den revolutionären Schwung der Massen zu unterdrücken. Die Reformisten und Revisionisten haben kein Vertrauen in das Volk. Sie versuchen immer noch verzweifelt eine demokratische und schmerzlose Lösung durch Verträge und Kompromisse mit der Bourgeoisie zu erreichen. Die Partei ruft die Kommunisten, die Marxisten-Leninisten und die werktätigen Massen dazu auf, den revisionistischen Verrat zu beantworten, indem sie zunehmend aktiver werden und die Propaganda verstärken, um sich aus dem Einfluß der Revisionisten freizumachen und stets die richtigen Lehren aus den reformistischen Erfahrungen wie aus der Entwicklung des Widerstands des Volkes in Chile zu ziehen.

Die Revolutionäre KP Chiles hält es für eine vorrangige Aufgabe der Marxisten-Leninisten und aller antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte, die Front des Volkes zu verteidigen und zu propagieren, um den antifaschistischen Widerstand des chilenischen Volkes vorwärtszutreiben.

(Eine Sendung von Radio Tirana)

Türkei

Protestmarsch gegen die Supermächte

Wie die Zeitung „Halkin Sesi" *) berichtet, führen die Werktätigen in der Türkei breite Aktionen durch unter den Parolen „Weder Amerika noch Rußland, eine unabhängige Türkei" und „Nieder mit dem Faschismus". Einen Eindruck davon vermittelt das Bild, das eine Besetzung des amerikanischen Werkes „PX" in Izmir durch revolutionäre Jugendliche zeigt.

Nach der Beseitigung des Ausnahmezustandes, den die türkische Regierung vor wenigen Wochen aufheben mußte, nachdem der Kampf der Werktätigen gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen immer stärker wurde, hat sich der Kampf der türkischen Werktätigen an allen Fronten noch mehr entwickelt. Es war noch kein Tag nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes vergangen, als allein in Istanbul bereits die Belegschaften von Phillips (800), BMC (9000), Berec (500), Hilton (400) und Surgurdar (800) Streiks angekündigt hatten. Wie explosionsartig fanden überall Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen statt, auf denen die Arbeiter ihre Forderungen erhoben.

Insbesondere berichtet die Zeitung über eine Demonstration im Süden des Landes, die sich gegen die Anwesenheit des US-Imperialismus in der Türkei und gegen den wachsenden Einfluß des russischen Sozialimperialismus richtete. Innerhalb von fünf Tagen marschierten die Demonstrationszüge von Iskenderun, wo sich die größten russischen Kapitalanlagen befinden, in einer Linie von 150 Kilometer bis Adana, wo die größte Luftwaffenbasis der US-Imperialisten in der Türkei liegt. In den Städten und Dörfern, an denen die Demonstration vorbeiführte, wurde halt gemacht, Kundgebungen gegen die beiden imperialistischen Supermächte durchgeführt. In Adana wurde der Verkehr des amerikanischen Militärs blockiert.

Die türkische Regierung versucht diese zunehmenden Kämpfe dadurch verstärkt zu unterdrücken, indem sie konterrevolutionäre faschistische Banden einsetzt, die im Schütze der Polizei gegen Revolutionäre mit Terror und Mord vorgehen. Innerhalb weniger Wochen haben sie 3 Arbeiter und einen Studenten ermordet, über einhundert verletzt. Unterstützung bei der Unterdrückung von Revolutionären erhalten die türkischen Faschisten auch durch die westdeutschen Imperialisten. Bereits seit dem 4. Mai 1974 werden in Köln vier türkische Patrioten und Revolutionäre mit herbeigeholten Anschuldigungen in Untersuchungshaft gehalten. Sie stehen gegenwärtig in Köln vor Gericht (siehe auch Bericht im letzten ROTEN MORGEN).


Die Besetzung der amerikanischen Fabrik „PX" in Izmir.

ES LEBE DER KAMPF DER TÜRKISCHEN VÖLKER! FREIHEIT FÜR DIE VIER GEFANGENEN TÜRKISCHEN PATRIOTEN!

*) Die Zeitung „Halkin Sesi", die über den Kampf der Völker der Türkei in türkischer Sprache berichtet, kann auch hier bezogen werden. Sie wird für Westdeutschland und Westberlin von der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus in Hamburg vertrieben.

Malayas Patrioten verstärken ihren Kampf

Polizeizentrale bei Kuala Lumpur gestürmt

Seit drei Jahrzehnten schon setzt das malaiische Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei den bewaffneten Kampf gegen das reaktionäre Regime Kuala Lumpurs und dessen imperialistische Schutzherren fort. Die patriotischen Kräfte greifen oft mit Ausrüstungen beladene Züge der Regierungstruppen an, zerstören Militärobjekte des Feindes und führen andere Aktionen, besonders an der Grenze Malaysias mit Thailand durch.

Sie operieren vor allem in dichtbesiedelten Gebieten, wo sie Stützpunkte und allseitige Unterstützung durch das Volk haben.

Die Behörden Kuala Lumpurs haben mit Hilfe der imperialistischen Mächte unzählige Anstrengungen auf militärischem Gebiet unternommen, um den Befreiungskampf des malaiischen Volkes zu unterdrücken. Parallel dazu begannen sie unter dem Volk Defätismus zu verbreiten und behaupteten, daß die Kommunistische Partei und der bewaffnete Widerstand restlos zerschlagen seien. Nach dem historischen Sieg der Völker Vietnams und Kambodschas gingen die Behörden Kuala Lumpurs sogar zum offenen Angriff über. Sie wollten den antiimperialistischen und Befreiungscharakter des bewaffneten Kampfes im Lande abstreiten, indem sie ihn als Widerstand einer rassistischen Organisation und die Kämpfer als Banditen abstempelte. Ihr Hauptziel war es, die Wirkung des Siegs der indochinesischen Völker auf den Freiheits- und Unabhängigkeitskampf des malaiischen Volkes abzuschwächen. Die Beschuldigungen des Regimes aber konnten den wahren Stand der Dinge nicht verdrehen.

Vor einiger Zeit feierte die Kommunistische Partei Malaysias den 45. Jahrestag ihrer Gründung. In einer aus diesem Anlaß veröffentlichten Erklärung, bekündete die Partei ein weiteres Mal die Entschlossenheit und feste Zuversicht, daß der Sieg der Revolution durch den bewaffneten Kampf errungen werden wird. Die Partei forderte ihre Mitglieder, die Kämpfer der nationalen Befreiungsarmee, die Völker der verschiedenen Nationalitäten des Landes und alle Patrioten auf, ihren Kampf noch mehr zu verstärken, um die große Sache der nationalen und sozialen Befreiung mit dem Sieg zu krönen.

Als Antwort auf den Aufruf der Kommunistischen Partei befolgt das malaiische Volk treu den Weg des Kampfes. Die Patrioten führen gegenwärtig Angriffe in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt durch. **Erwähnenswert ist der mutige Angriff der Patrioten auf die Polizeizentrale in der Peripherie von Kuala Lumpur, wobei etwa 40 Polizisten getötet oder verwundet wurden.** Die Behörden des Landes sind in helle Panik geraten. Trotz ihrer Behauptungen, daß der bewaffnete Kampf unterdrückt worden sei, müssen dieselben Behörden mit Beunruhigung und Schrecken zugeben, daß einige Guerillas bis in die Hauptstadt eingedrungen sind, daß Tausende weitere Freiheitskämpfer im Lande operieren und daß neue Maßnahmen gegen sie im Dschungel und an der Grenze mit Thailand ergriffen worden sind.

Die Tatsachen beweisen, daß das malaiische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei seinen bewaffneten Kampf immer mehr verstärkt, fest davon überzeugt, daß es nur durch ihn sein Vaterland ein für alle mal befreien wird.

(Eine Sendung von Radio Tirana)

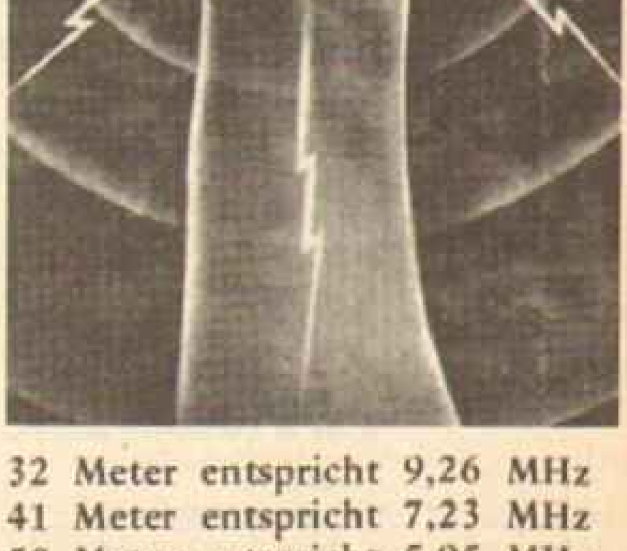
SPENDET
FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)



RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Ein Jahrmarkt des Volksbetrugs

Fortsetzung von Seite 1

Obgleich die D„K"P-Revisionisten ein Heer von über 1000 Schlägern bereitgestellt hatten, um ungestört ihre Lügenpropaganda durchführen zu können, konnten sie nicht ungehindert ihre betrügerischen Absichten verfolgen. In einer breiten Kampagne haben die Düsseldorfer Genossen der KPD/ML die schmutzigen Ziele der D„K"P-Revisionisten und ihres Pressefestes unter der Düsseldorfer Bevölkerung und auf den Rheinwiesen aufgedeckt und bloßgestellt.

Direkt vor dem Haupteingang hatte die EAP, eine Bande von bezahlten Agenten, Stelltafeln aufgestellt, die zum Kampf gegen die Maoisten aufriefen. Doch lange konnten sich die D„K"P-Revisionisten der Unterstützung durch diese Agentenbande nicht erfreuen: eine Gruppe von Genossen der KPD/ML und der GRF (KPD) machte dem Spuk ein Ende. Am nächsten Tag wurden diese Agenten extra von revisionistischen Schlägern beschützt. Ihre Schlägerbanden setzten die D„K"P-Revisionisten offen ein, um die revolutionäre Propaganda und ihre eigene Entlarvung zu verhindern. Bereits im Vorfeld des Platzes waren Typen eingesetzt, die anhand von angelegten Photokarteien versuchten, Genossen zu identifizieren, um sie einzuschüchtern und gegen sie vorzugehen. Mit Terror gingen ihre Schläger gewaltsam gegen Genossen vor, die auf dem Platz den Volksfestbetrug entlarvten. Mehrere Genossen wurden zusammengeschlagen. Eine Genossin der GRF (KPD) z. B. wurde von mehreren Schlägern festgehalten, während ihr andere brutal in den Unterleib traten. Die Genossin ist seitdem mit schweren Unterleibsblutungen in ärztlicher Behandlung. Mit diesem konterrevolutionären Terror zeigten die D„K"P-Revisionisten offen, daß hinter der Maske von Pop-, Rock- und Polit-Rummel ein sozialfaschistischer Charakter verborgen werden soll.

WARNUNG

D.K°P-Fest: Arbeiterverrat und Betrug!

Die schönen Worte täuschen!

Plakat der KPD/ML in Düsseldorf

In wichtigen Arbeitervierteln, vor allem im Mannesmann-Viertel in Rath wurden Flugblätter der Partei verteilt und in Briefkästen gesteckt. Auf der Zufahrtsstraße vom Ruhrgebiet prangte an der Autobahnbrücke in Rath: „Nieder mit der D,K'P! – KPD/ML". An anderen Brücken und Fabrikwänden waren Losungen zu lesen: „D,K'P und SED Kindermörder an der Spree" oder „D,K'P-Fest – Arbeiterverrat und Betrug!" Über 2000 rote Aufkleber mit Parolen gegen das Volksbetrugsfest der D„K"P-Revisionisten klebten in Düsseldorf auf Briefkästen, Telefonzellen, Haltestellen usw. In den größeren Arbeitervierteln sah man an Wänden und auf „UZ"-Plakaten große weiße Plakate „Warnung", die vor dem revisionistischen Volksbetrug warnten.

Am Pressefest auf den Rheinwiesen selbst war ein Stand der Partei vor einem großen roten Transparent „Nieder mit dem Volksbetrugsfest" aufgebaut. Es wurden Tausende Flugblätter verteilt, viele ROTE MORGEN und ROTE GARDE-Zeitungen sowie auch viel Literatur über die Volksrepublik Albanien verkauft. Von einer Broschüre, in der RM-Artikel gegen die modernen Revisionisten zusammengestellt worden waren, wurden über 200 Exemplare verkauft.

Am Sonntag prangte am gegenüberliegenden Rheinufer eine große Parole der Partei gegen die D„K"P-Revisionisten. An diesem Tag betrieben die Genossen der Partei den Stand verstärkt auch gemeinsam mit Genossen der GRF (KPD). Die Führer der GRF hatten zwar eine Aktionseinheit abgelehnt, aber der Wunsch der Mitglieder, gemeinsam vorzugehen, war so stark, daß am Sonntag gemeinsam eine Kundgebung durchgeführt und gemeinsame Parolen gerufen wurden. Auch der Schutz der Stände wurde gemeinsam gegen die D„K"P-Revisionisten organisiert. Hierbei hat sich gezeigt, daß viele Mitglieder der GRF (KPD) bereit sind, den Provokationen der modernen Revisionisten mutig entgegenzutreten. Vermochten die D„K"P-Revisionisten die Kundgebung nicht zu verhindern, so gelang es auch nicht der Polizei, die versuchte, das Megaphon in die Hand zu bekommen. Viele Menschen hörten der Kundgebung zu. Abgesehen von den Revisionisten selbst waren die meisten Menschen gegenüber unserer Propaganda sehr aufgeschlossen. Als zum Beispiel ein Revisionist rief: „Was wollt ihr überhaupt hier", meinte ein älterer Kollege: „Die wollen den Leuten die Augen öffnen. Wir saufen hier billiges Bier, weil die Arbeiter in der DDR dafür ausgebeutet werden. Da ist es richtig, wenn die hier sind."

Da auf dem Pressefest der Revisionisten auch viele Jugendliche waren, hatte die ROTE GARDE, die alle Aktionen mit großer Kraft unterstützt hat, nach dem Pressefest an der Berufsschule noch eine Aktion organisiert. Es wurde eine Parole gemalt und viele Wände mit Plakaten der Partei gegen das Betrugsmanöver der D„K"P-Revisionisten beklebt. Die letzte Aktion bestand dann darin, daß in der Vorstadt Ratingen, in der ebenfalls viele Mannesmann-Kollegen wohnen, noch einmal einige tausend Flugblätter in die Briefkästen gesteckt wurden, als „Nachbereitung" des Revisionistenfestes.

All diese Aktivitäten haben dazu beigetragen, das Theater vom „UZ-Volksfest" zu entlarven und zu zeigen, daß dahinter der Versuch von Verrätern und Sozialfaschisten steht, für ihre schmutzigen Absichten und Ziele sich Einfluß und Sympathie zu verschaffen.



DKP und SED = Kindermörder an der Spree. Parole zum D„K"P-Fest in Düsseldorf

Bremen

Faschistenkundgebung im Schutz von Polizeiknüppeln

Nach der Kundgebung gegen die Todesurteile in Spanien zogen die Teilnehmer in die Einkaufsstraßen von Bremen zurück. Dabei kamen sie an einer Kundgebung vorbei, die die Nazifaschisten von der NPD anläßlich des Wahlkampfes mitten auf dem Bremer Marktplatz abhalten durften. Die Faschisten, die mit Bussen aus der ganzen DBR angereist waren, hatten ihre Größen wie Mußgnug und Dr. Frey von der National-Zeitung mitgebracht.

Unter den Parolen „Tod dem Faschismus, nieder mit der braunen Pest" – „Antifaschisten die Faust geballt – gegen die braune Pest hilft nur Gewalt" und „Naziscshweine raus aus Bremen" griffen die Genossen und Antifaschisten die Hetzkundgebung der Nazis an.

Sofort traten mehrere Hundertschaften Polizei in Aktion, prügelten auf die antifaschistischen Kämpfer ein, schützten die Faschisten und zogen dadurch, daß sie sich zwischen die Faschisten und die antifaschistischen Demonstranten und die Bremer Bevölkerung stellten, einen klaren, für jedermann sichtbaren Trennungsstrich zwischen dem Volk einerseits und den Faschisten und der Polizei andererseits.

Nach den Auseinandersetzungen mit den Faschisten und der Polizei, die dann in einer Reihe gegen die Genossen vorgehen wollten, wurden 5 Genossen der Partei und der GRF (KPD) verletzt. Aber unter dem mutigen Vorgehen der Antifaschisten mußten die Faschisten zurückweichen und konnten sich nur mit Hilfe der Polizei auf dem Platz halten.

Die Polizisten konnten nur einen Genossen festnehmen. Sie brachten ihn in den hinteren Raum einer Wache. **Dort verlangten Killer von den MEK's (von denen mindestens 60 im Einsatz waren), er solle sich ausziehen. Der Genosse sah auch, wie dort ein Mensch ganz nackt am Boden hockte und weinte; da jedoch durch einen Passanten, der mit ihm gekommen war, deutlich gemacht wurde, daß er nicht geschlagen hatte, wie die Polizisten behaupteten, wurde er freigelassen und konnte auch nicht mehr ermitteln, was es mit dem jungen Mann auf sich hatte.**

Gegen die Nazikundgebung flogen aus den Reihen der Antifaschisten Eier, die Polizisten und Nazis zurecht gleichermaßen trafen. Ein Lautsprecher der Nazis auf einem Auto wurde zerstört.

Die Genossen fanden große Unterstützung bei der Bevölkerung. Ein Genosse, der von einem Faschisten durch einen starken Schlag mit einer Stange auf seinen Helm zu Boden geschlagen wurde, wurde von Passanten aus den Reihen der Polizei herausgezogen.

Auch viele Genossen des KBW nahmen an den Aktionen gegen die Nazis teil. Einige stadtbekannte KBW-Führer allerdings standen feixend am Rande und machten sich z. B. über einen jungen Genossen lustig, der durch Kampfgas, das die Faschisten ihm ins Gesicht gespritzt hatten, ganz benommen war, indem sie spotteten: „Na, gehts wieder an die Front?". Aber das war nicht kennzeichnend für die antifaschistische Stimmung auf dem Bremer Marktplatz an diesem Mittag.

Jugendliche gegen Porno-Szenen im Theater

"Das ist eine Schweinerei!"

Korrespondenz – Am 28.8.75 wurde mit der „Zauberflöte" das neue Staatstheater in Karlsruhe (Baukosen 60 Millionen DM) eröffnet. In der „Zauberflöte" wird von einem Ballett eine Gruppe von Tieren dargestellt. Die Gruppe besteht aus 8 Jugendlichen, meist Mädchen im Alter von 14 - 15 Jahren.

Die Theater-Regie hatte sich für die Tiergruppe etwas ganz besonders Dreckiges ausgedacht. Die Tierkostüme waren so entworfen, daß der nackte Hintern der Mädchen zur Schau geboten wurde. Diese Porno-Darbietung sollte offensichtlich die anwesende dekadente Karlsruher Premiere-Bourgeoisie ergötzen.

Doch die Jugendlichen wehrten sich. Sie sagten: „Das ist eine Schweinerei!" „Wir sind hier im Theater und nicht im Striptease-Lokal!" Die Jugendlichen forderten und erzwangen eine Besprechung mit dem Verantwortlichen für den Entwurf der Kostüme, einer „Kapazität" auf diesem Gebiet. Die Jugendlichen forderten anständige Hosen zu den Kostümen.

Angesichts dieser geschlossenen Haltung der Gruppe, mußte die „Kapazität" diese Forderung erfüllen und die Anschaffung von Bikini-Hosen veranlassen.

Ein kleiner Vorfall, der aber zeigt, daß unsere Jugend die Versauung des Kulturbereiches verurteilt und bekämpft.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname..........

Beruf..........

Postleitzahl/Ort..........

Straße..........

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 40/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

VERANSTALTUNG DER GDCF-BOCHUM

BOCHUM:

Dia-Vortrag: Die VR China im Spiegel ihrer Briefmarken

17. 10., 19.30 Uhr, Alleestr. 26, Gaststätte „Bischoff".

Filmreihe: „Loblied auf die Drachenflußbrigade (Peking Oper) 7. 10., 19.30 Uhr,

Wittener Str. 61, Nähe Hbf., Eintritt 2,– DM.

Verlag ROTER MORGEN

Der Weg der Partei

LINIE UND ENTWICKLUNG DER GRUPPE "ROTE FAHNE" (KPD) 1970 - 1975

Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen!

Theoretisches Organ Nr. 3
Preis DM 7,–
zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49